

www.kpoe-steiermark.at

Steirische Volksstimme



Ausgabe 05, Dezember 2007 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPÖ**

Stadtblatt – Zul.Nr. 03Z035132

Strom muss endlich billiger werden!

Um 12 Prozent soll der Strompreis der Energie Steiermark gesenkt werden. Das würde die Erhöhung der letzten beiden Jahre rückgängig machen. Ein entsprechender Beschluss von KPÖ und ÖVP bringt Landeshauptmann Voves unter Zugzwang. S. 4/5

OPERATION ABGESAGT:

Hunderte warten auf Operationen Seite 2

UMWELTABGABE:

Weiter Schutz für Schotterbarone?

Seite 10

EIN ALMOSEN:

Pensionen zu wenig erhöht

Seite 20



www.bigshot.at

Es weihnachtet wieder. Während sich die Eisbären über eisige Temperaturen freuen können, raubt der alljährliche Konsumwahnsinn den Menschen den Atem und den Inhalt ihrer Geldtaschen. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern gute Nerven, *eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in ein möglichst erfreuliches Jahr 2008.*

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

Tagtäglich wird eine Familie durch die Spielsucht ruiniert.

Was machen Sie, Herr Abgeordneter?

DISIV

Eine Initiative des KPÖ-Landtagsklubs, Klubobmann Ernest Kaltenegger, (0316) 877-5104

OP abgeblasen?

Die Operation ist lange geplant, der Patient/die Patientin vorbereitet. Plötzlich – die Absage: Es gibt kein freies Intensivbett. Was sagen Sie dazu?

Eine Bekannte war bereits auf der Liege, als die Absage kam. Angeblich war der OP nicht verfügbar. Auch das Personal am LKH ist völlig überlastet. (Helga Tankel, Pensionistin)



Für Patienten ist das sicher nicht angenehm, wenn sie auf eine OP vorbereitet werden, die dann nicht stattfindet. Außerdem bedeutet das einen medizinischen und organisatorischen Mehraufwand (Kerstin Prinz, Krankenschwestern-Schülerin)



Eine schwere Operation möchte jeder gleich hinter sich bringen. Ein solcher Zwischenfall würde mich dazu veranlassen, mich nach einem anderen Krankenhaus umzusehen, das die OP verlässlich durchführt. (Heinz Wernig, Elektroinstallateur)



Das ist eine schwere Belastung für alle Beteiligten, für die Patienten, für Menschen, die entscheiden müssen, wer bei der OP bevorzugt wird, für Schwestern und Ärzte, die helfen wollen. Verursacher ist die Spitalsleitung. (Amidzic Samira, Laborantin)



Über die Zustände an der Intensivstation kann ich nichts sagen. Aufgefallen ist mir nur, dass das Personal wahnsinnig viel zu tun hat. Vor allem die Schwestern: Die arbeiten ja Tag und Nacht! (Werner Kogler, Gemeindebediensteter)



Warten im LKH: Hunderte stehen auf den Wartelisten für Operationen im LKH. Und dann kann es sein, dass man einen OP-Termin hat und dieser im letzten Moment abgesagt wird.

Lange Wartezeiten, im letzten Moment abgesetzte Operationstermine – im Gesundheitssystem gibt es viel zu tun, wie eine dringliche KPÖ-Anfrage im Landtag zeigte.

Stellen Sie sich vor, sie brauchen eine lebenswichtige Operation, haben nach langer Wartezeit ein Spitalsbett bekommen, bereiten sich vor, gehen ins Krankenhaus, werden narkotisiert, wachen auf – und wurden nicht operiert, weil die Operation abgesagt werden musste. Verschoben, weil es zu wenig Intensivbetten für die Nachbetreuung gibt, weil ein Notfall dazwischen kam; oder jemand mit lukrativer Zusatzversicherung?

Wartezeiten sind in unserem Gesundheitssystem längst üblich. „Unsere häufige Frage: Wem kann ich am ehesten zumuten, dass er zum zweiten,

dritten Mal von der OP-Liste gesetzt wird“, zitierte die Kleine Zeitung den Chirurgie-Vorstand Karlheinz Tscheliessnigg. Herzpatienten werden immer öfter nach Wels, Linz, Klagenfurt geschickt, auf Operationstermine auf der Orthopädie oder Unfallchirurgie warten Hunderte. Krebspatienten werden auf Operationen vorbereitet, kommen dann aber nicht dran. Gerade da können zwei Wochen auf oder ab entscheidend sein.

Überlebensfrage

Die KPÖ wollte in einer dringlichen Anfrage an Spitalslandesrat Helmut Hirt wissen, was es mit der Problematik der langen Wartezeiten auf sich hat.

Der Landesrat gab zu, dass es Nachholbedarf gibt. Etwa bei der Strahlentherapie für Krebspatientinnen und -patienten. „Eine Woche Wartezeit

sollte sein, tatsächlich sind es drei Wochen, manchmal sechs“, sagte Hirt. Das Problem der abgesetzten Operationstermine sieht er als nicht gravierend.

Für KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger ist klar, „dass wir ausgezeichnete Ärzte und eine ausgezeichnetes Pflegepersonal haben. Aber lange Wartezeiten und abgesetzte Operationstermine sind unerträglich, wenn es wie bei Krebs um die Überlebenschancen geht“. Hilfe könnte die neue Chirurgie bringen. Wie der Bau finanziert wird und wann er fertig ist, ist aber noch immer nicht geklärt.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at

LANGE WARTEZEITEN UNTRAGBAR

Hilfe zum Wohnen

KPÖ fordert: Bei Ansuchen um Weitergewährung der Wohnbeihilfe soll der bisherige Betrag bis zu ihrer Erledigung weiterbezahlt werden.

punkt des Ansuchens gewährt und für den Zeitraum der Wartezeit nachbezahlt wird, ist für die davon Betroffenen keine Lösung: Sie brauchen das Geld monatlich, um mit ihrem geringen Einkommen die laufenden Ausgaben decken zu können.

Um die Wohnbeihilfe des Landes suchen generell Menschen mit geringem Einkommen an. Bleibt die Wohnbeihilfe auch nur einige Monate aus, kommen diese Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr oft in finanzielle Schwierigkeiten.

Um dieses Problem im Sinne der Beihilfenbezieherinnen und -bezieher zu lösen, hat die KPÖ im Landtag einen Antrag eingebracht. Werner Murgg (KPÖ): „So kann es nicht weitergehen. Hier geht es um Menschen, die jeden Euro dringend brauchen!“ Die KPÖ schlägt unter anderem vor, bei Ansuchen um Weitergewährung, das ist ein Großteil der Fälle, bis zur Erledigung des Ansuchens den bisherigen Betrag vorübergehend weiter zu bezahlen. Nun wartet der Landtag auf eine Stellungnahme der Landesregierung.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, wo Wohnbeihilfenbezieherinnen und -bezieher oft monatelang auf eine Bearbeitung ihres Ansuchens warten müssen. Dafür ist vor allem der Personalmangel in der zuständigen Fachabteilung ausschlaggebend. Die Tatsache, dass die Wohnbeihilfe bei positiver Erledigung vom Zeit-



Ein gemütliches Plätzchen vor dem warmen Ofen gibt es für viele nur mehr mit Heizkostenzuschuss.

MEINUNG



Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Geschäftemacher und ihre politischen Freunde

Die Debatte um die Offenlegung von Nebeneinkünften der Abgeordneten in Bund und Land ist wichtig. Schließlich sollte die Bevölkerung wissen, wem der eine oder andere Abgeordnete vielleicht sonst noch verpflichtet ist. So manche politische Aktivität erscheint dann vielleicht in einem besonderen Licht.

Einige Branchen in der Wirtschaft bemühen sich außerordentlich um Freunde in der Politik. Offensichtlich auch mit Erfolg. So zum Beispiel auch jene, die ihr Geschäft mit dem Glücksspiel macht. Nicht wenige einflussreiche Politiker haben oder hatten sehr intensive Beziehungen zu Glücksspielunternehmen. Direkt in der Branche tätig sind der ehemalige Finanzminister Androsch und der Ex-ÖVP-Nationalratsabgeordnete Paul Burgstaller. Der Geldautomatenhersteller und Wettcafebetreiber Novomatic (Admiral Sportwetten) hat ebenfalls viele einflussreiche Freunde. War doch der derzeitige Wissenschaftsminister Hahn (ÖVP) vor seinem Einstieg

in die Politik Vorstandsdirektor dieses Unternehmen. Der ehemalige Innenminister Schögl (SPÖ) wiederum sitzt heute im Aufsichtsrat der Novomatic.

Andere Politiker bemühen sich scheinbar aus freien Stücken eifrig um die Interessen der Glücksspielbetreiber. Beispielsweise plustert sich kürzlich BZÖ-Boss Westenthaler fürchterlich über das noch bestehende staatliche Glücksspielmonopol in Österreich auf und forderte Freiheit für alle Geschäftemacher in diesem Bereich. Er will sogar die EU-Kommission anrufen, damit es endlich freie Fahrt für noch mehr Geldspielautomaten gibt.

Neudeutsch wird die Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik als Lobbyismus bezeichnet. Das Allgemeinwohl bleibt dabei oft auf der Strecke. Nicht umsonst heißt es schon in einem alten Sprichwort: „Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing!“. Vor allem, wenn das Brot noch dazu so schön delikats belegt ist...

E. Kaltenegger, 0316 / 877 5104

KLEIN, ABER MIT BISS



Wenn die Liftkartenpreise weiter so steigen, werden die Liftbetreiber bald alleine am Schilift sitzen.

INHALT

Berichte aus dem Landtag...	4/5
Kriminalfall Glücksspiel	6/7
Was Arbeitslose erleben	8/9
Das Leid Arbeitsloser.....	8/9
Preisschock an Zapfsäulen ...	14
Im Schneckentempo zur Gesamtschule	15
Unter Strom: 380 kVLeitung teilt das Land.....	16/17
Armutsfalle Pflege.....	18/19
Pensionserhöhungen wieder nicht ausreichend.....	20
Der Dichter Janko Messner ..	21

Allerhand aus dem Land(tag)

Gutes Geschäft für privaten Käufer

Das Land verkauft das Gebäude in Bad Aussee, in dem die Außenstelle der Bezirkshauptmannschaft Liezen untergebracht ist. KPÖ und Grüne stimmten im Landtag dagegen. Bemängelt wurde der zu geringe Verkaufspreis von 473.000 Euro.

Ein erstes Schätzgutachten hatte nämlich 789.000 Euro ermittelt. Das Gebäude befindet sich in einer Top-Lage im Zentrum von Bad Aussee. Die KPÖ kritisierte überdies Verflechtungen des späteren Käufers WEGRAZ – das Unternehmen ließ 2003 in Graz das unter Denkmalschutz stehende Kommodhaus abreißen – mit jener Sachverständigensozietät, welche das Schätzgutachten erstellt hatte.

Deutsche Tiefkühlkost in unseren Spitälern

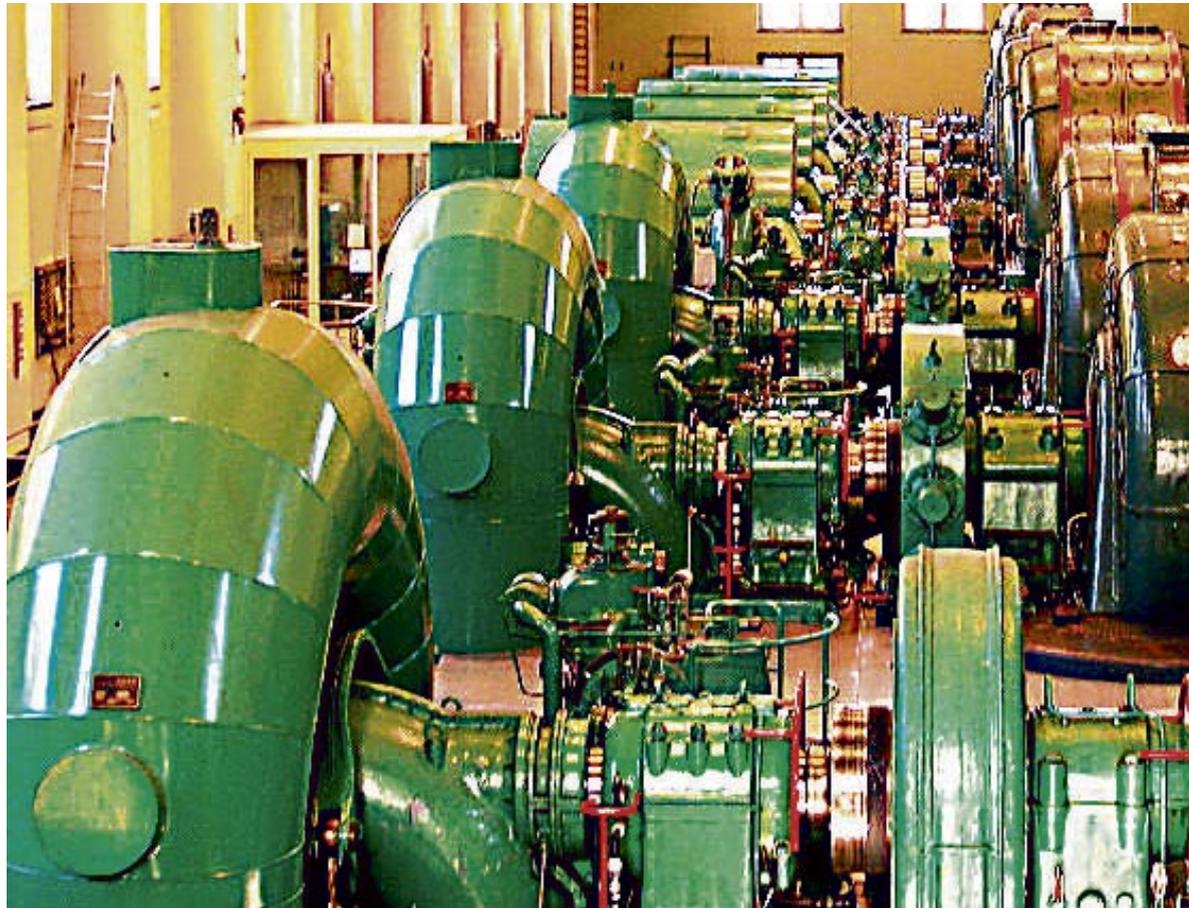
Es gibt Pläne, die Spitälern mit Tiefkühlkost aus Deutschland zu versorgen, obwohl der Landtag auf Antrag der KPÖ einstimmig beschlossen hat, die Ressorts des Landes mit regionalen landwirtschaftlichen Produkten zu versorgen. Deutsche Tiefkühlkost in steirischen Spitälern würde den Landtagsbeschluss zur Farce machen.

Es kommt immer wieder vor, dass sich Regierungsmitglieder und Manager von Landesbetrieben über Beschlüsse des Landtags hinwegsetzen.

ALTERNATIVE ÖKOSTROM

Ökostrom ermöglicht es umweltbewussten Konsument/innen Strom zu beziehen, der ausschließlich aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Geothermie und Solarenergie erzeugt wird. 30 Jahre nach der Zwentendorf-Volksabstimmung sollte das eine Überlegung wert sein.

Information: W. Feigl, Tel. 0664/39 555 14 www.weizsolar.at



KPÖ: STROMBONUS, ABHÄNGIG VOM EINKOMMEN IST FREIBRIEF

Knappes Mehrheits für Stro

In der Landtagsitzung vom November forderte der Landtag die Landesregierung auf, für eine 12%ige Strompreissenkung für Haushaltskunden der ESTAG zu sorgen. Weitere Beschlüsse im Landtag betrafen ein Ende der Überregulierung im Brandschutzwesen sowie die Anschaffung neuer Triebwagengarnituren für das S-Bahn-System.

Mit einer hauchdünnen Mehrheit – lediglich eine Stimme Überhang – aus ÖVP und KPÖ forderte der Landtag in seiner Novembersitzung die Landesregierung auf, für eine 12prozentige Strompreissenkung für Haushaltskunden der mehrheitlich im Landesbesitz befindlichen Energie Steiermark (Estag) ab Jänner 2008 zu sorgen. Grüne und SPÖ stimmten gegen die Strompreissenkung.

Die Estag hatte um diesen Betrag die Strompreise in den letzten beiden Jahren erhöht. Die ÖVP hatte im Landtag an Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) eine dringliche Anfrage gestellt, in welcher sie

ihm Versagen in der Energiepolitik vorwarf.

Voves versuchte zu erklären, dass die Energie Steiermark- bzw. Steweg-Steg-Miteigentümer EdF und Verbund sich gegen eine Strompreissenkung ausgesprochen hätten. Das sei ihm in Telefonaten mitgeteilt worden. Stattdessen schlug Voves die Ausschüttung eines Strombonus, gespeist aus der Dividende, welche die Estag an das Land abgeliefert, vor. Dieser Strombonus solle jedoch nur den Bezieherinnen und Bezieher kleiner Einkommen zustehen.

Hier hakte Werner Murgg (KPÖ) ein: „Es kann nicht sein, dass Energie, Wohnen, Heizen,

Lebensmittel so teuer werden, dass selbst Durchschnittshaushalte einen großen Teil ihres Einkommens nur mehr für die Deckung lebensnotwendiger Bedürfnisse aufwenden müssen und den Ärmsten der Armen dann mit Sonderzuschüssen das Überleben gesichert werden muss. Das ist der falsche Weg!“ Ein Strombonus nur für die Ärmsten der Armen sei ein Freibrief, die Preise weiter zu erhöhen mit dem Argument: die Armen bekommen ohnehin den Bonus. Werner Murgg: „Wir fordern: Runter mit den Preisen auf Kosten der Profite der Konzerne!“ Gegen eine allgemeine Strompreissenkung sprachen sich auch die Grünen aus. Peter Hagenauer: „Was wir brauchen, ist eine neue Tarifstruktur.“ Hagenauer forderte die Finanzierung von Stromsparmaßnahmen anstelle einer linearen Strompreissenkung.



Riesige Strommengen verlassen die Generatoren in Richtung Haushalte und Industriebetriebe. Ein gutes Geschäft für die Energiekonzerne.

FÜR WEITERE PREISERHÖHUNGEN

Strompreissenkung

Schikanen beim Brandschutz gelockert

Eine Mehrheit von ÖVP, Grünen und KPÖ beschloss die Streichung des sogenannten „Hochhaus-Paragrafen“ im Baugesetz. Auf Grund dieses vor Jahren beschlossenen Paragraphen wurden in letzter Zeit kostspielige Brandschutzmaßnahmen alter Hochhäuser vorgeschrieben. Die Brandschutzmaßnahmen konnten pro Sanierung und Haushalt bis zu 20.000 Euro betragen. Eine Bürgerinitiative hatte sich gebildet und die Novellierung des Gesetzes gefordert. Dem wurde nun Rechnung getragen.

Die neuen Sicherheitsbestimmungen sind mit denen anderer Bundesländer

vergleichbar. Renate Pacher (KPÖ): „Das bisherige Gesetz war eine Überregulierung! Nun wurde ein guter Kompromiß erarbeitet!“.

Neue Triebwagen

Einstimmig beschlossen wurde eine Förderung in Höhe von 35 Millionen Euro für den Ankauf von 13 neuen Triebwagengarnituren für die GKB und sechs neuen Garnituren für die Landesbahnen. Mit ihnen soll das steirische S-Bahn-System umgesetzt werden.

www.bigshot.at



Jahrzehnte alt ist der rote Blitz. Für das neue S-Bahn-System kommen endlich neue Züge.

KOMMENTAR

Runter mit dem Strompreis

Von KPÖ-LABg. Werner Murgg



Energie, Lebensmittel, Strom - Alles wird teurer! Immer mehr Durchschnittsverdiener müssen den Großteil ihres Einkommens bereits für die Deckung lebenswichtiger Bedürfnisse ausgeben. Kleinverdiener wissen ohnehin nicht mehr, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.

Die Energie Steiermark hat seit dem Amtsantritt von Landeshauptmann Voves den Strompreis zweimal erhöht. Diesem Raubrittertum will der Landtag nun einen Riegel vorschieben. Er hat die Landesregierung aufgefordert, diese Strompreiserhöhungen rückgängig zu machen. SPÖ und Grüne sind dagegen. Die SPÖ machte den Vorschlag, lediglich den Ärmsten der Armen einen einmaligen Strombonus auszuschütten.

Die Steirerinnen und Steirer brauchen keine Almosen. Sie wollen eine effektive Strompreissenkung für alle Haushalte! Ein Strombonus nur für die Ärmsten wäre ein Freibrief für die nächste Erhöhung. Unter dem Motto: die Ärmsten bekommen ohnehin den Bonus, die anderen

sollen schauen, wo sie bleiben. Die KPÖ fordert stattdessen eine Senkung der Tarife auf Kosten der Profite der Konzerne.

Landeshauptmann Voves will heute davon nichts mehr wissen. Im Wahlkampf hat das anders geklungen. Damals ist er vehement für eine Strompreissenkung eingetreten. Gestern versprochen, heute gebrochen! Natürlich wäre eine Strompreissenkung leichter durchzusetzen, wenn wir alleine Herr im Haus Energie Steiermark wären. Deshalb tritt die KPÖ ja so vehement gegen die Privatisierung unserer Energiewirtschaft auf.

Noch etwas: Wer hat denn 25 Prozent an der ESTAG verkauft? War da die SPÖ nicht mit von der Partie? Gestern verscherbeln und heute über mangelnden Einfluss lamentieren ist unseriös. Und die ÖVP? Unter ihrer Federführung wurden sämtliche Kraftwerke an den Verbund verkauft, die ESTAG zum reinen Stromhändler degradiert. Verantwortungsvolle Energiepolitik schaut anders aus.

Köflach: SPÖ verkauft Gemeindewohnungen

Die SPÖ hat im Gemeinderat von Köflach die Privatisierung der Gemeindewohnungen durchgesetzt. Lediglich ein SPÖ-Mandatar enthielt sich der Stimme. 330 Gemeindewohnungen wurden um 6,56 Mio. Euro an die Firma Vobis verkauft. Damit will der Bürgermeister die Gemeindebudgets 2007 und 2008 retten. Das ist ein trauriger Beweis dafür, dass die SPÖ in der Steiermark kein Damm gegen den Ausverkauf von öffentlichem Eigentum ist. Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz

Stephan Parteder erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die SPÖ im Land bereit war und ist, weitere Anteile der Energie Steiermark zu verkaufen. Bereits vorher hatte die Stadtgemeinde Weiz Gemeindewohnungen privatisiert.

Parteder: „In Graz und in der Steiermark würden wir aber im Gegenteil mehr Gemeindewohnungen brauchen, um dringende Wohnbedürfnisse zu befriedigen und um regulierend auf die Entwicklung der Mieten einwirken zu können.“

INTERVIEW MIT EINEM SPIELSÜCHTIGEN

„Ich habe in meinem Leben alles verloren“

Bereits im Alter von 14 Jahren kam er zum ersten Mal mit dem Glücksspiel in Berührung. Schon bald wurde er zum Werkzeug seiner Spielsucht mit allen Konsequenzen. Ein Spielsüchtiger erzählt.

„Ich war mit Freunden in einem Billard-Café. In der Ecke stand ein Spielautomat. Ich hatte noch 20 Schilling übrig. Da dachte ich mir, 'Ich probier's einmal', und wechselte den Zwanziger in 5-Schilling-Münzen...". Diese Entscheidung sollte für Hermann Schober* fatale Folgen haben. An jenem Abend gewann er 500 S. Das Gefühl, wie leicht man aus wenig Geld viel machen kann, trieb ihn gleich am nächsten Tag noch einmal ins Café, und er verspielte alles.

„Als Spieler braucht man immer mehr Geld, als man hat.“

Trotzdem spielte Hermann bald regelmäßig. Sein erstes selbst verdientes Geld landete im Automaten. Mit 16 bekam er einen Überziehungsrahmen bei der Bank, doch das Geld

reichte nicht. „Mit den Gewinnen hab ich mir nie etwas gekauft, außer vielleicht ein Getränk oder Zigaretten. Als Spieler braucht man immer mehr, als man hat“, sagt er.

„Ich schluckte eine ganze Packung Antidepressiva, aber die Wirkung setzte nicht ein“

Um rascher zu Geld zu kommen, besorgte Hermann sich Kundenkarten verschiedener Firmen und bestellte Waren, die er sofort verbilligt weiterverkaufte oder in Pfandleihanstalten versetzte. Wenn der Kaufpreis am Monatsende abgebucht wurde, war das beim Wiederverkauf kassierte Geld bereits verzockt. So kam Hermann finanziell immer mehr in Verzug. Bald kamen die ersten Briefe von Anwälten und Inkassobüros. Hermann

verfiel in Depressionen und Schlaflosigkeit, nahm regelmäßig Antidepressiva.

Beruflich war Hermann sehr erfolgreich. So schaffte er es bald in eine leitende Position in einem Handelsunternehmen. Doch seine Sucht wurde ihm zum Verhängnis. Er veruntreute Geld und verspielte es in einer einzigen Nacht. Hermann wurde gekündigt, doch man konnte ihm nichts nachweisen. Weil er nicht mehr leben wollte, schluckte Hermann eine Packung Antidepressiva. Aber die Wirkung setzte nicht ein.

Bald darauf bekam Hermann erneut eine Führungsposition. Doch auch da passierte es: Wieder nahm er Geld, um seine Spielsucht zu befriedigen. Auf den Verdacht hin wurde er beurlaubt. „Erst da erzählte ich meiner Frau, mit der ich zu dem Zeitpunkt bereits vier Jahre zusammen war, von meiner Sucht. Sie riet mir, meinen Chef anzurufen und alles zu beichten, was ich dann auch tat.“

„In 20 Jahren habe ich keine einzige Kontrolle erlebt. Es interessiert keinen!“ Hermann Schober^{*)}

Doch dann holte Hermann die Vergangenheit ein. Binnen einer Woche kam es zu zwei Gerichtsverhandlungen, denn plötzlich wurde auch der alte Fall wieder aufgerollt.

„Ich sah mich schon hinter Gittern. Es ist allein dem Ermessen der Richterinnen zu verdanken, dass es bei einer Bewährungsstrafe geblieben ist“, sagt Hermann. Doch der Schock sitzt ihm noch immer in den Gliedern. „Damals habe ich mir geschworen, wenn ich noch einmal heil davonkomme, gehe ich in keinen Spiel-salon mehr hinein.“ Daran hat sich Hermann gehalten.

„Durch die Spielsucht habe ich 20 Jahre meines Lebens verloren“

Der Gedanke an den Preis, den die Spielsucht gefordert hat, schmerzt jedoch bis heute. „Ich habe 20 Jahre meines Lebens verloren“, sagt der Mann. „Durch die Spielsucht habe ich mir aber auch die Zukunft verbaut, den Traum vom eigenen Haus, den Traum, ein glückliches, sorgenfreies Leben zu führen. Denn heute gibt mir keine Bank der Welt mehr einen Kredit.“

Auf die Frage, was man tun müsste, um andere Menschen vor der Spielsucht zu bewahren, meint Hermann: „Es gäbe nur ein radikales Mittel dagegen: Ein striktes Glücksspiel-Verbot. Doch den Leuten, die hier die Verantwortung tragen, allen voran den Politikern, ist egal, was mit diesen Menschen passiert, solange sich damit nur Geld verdienen lässt.“

^{*)} Name von der Redaktion geändert



11.249 Steirerinnen und Steirer sind dem Aufruf der KPÖ nachgekommen und haben mit ihrer Unterschrift Maßnahmen gegen das „Geschäft mit der Spielsucht“ gefordert. Klubobmann Ernest Kaltenegger (mitte) und KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr (li.) sowie die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler (2. v. re.) und Renate Pacher (re) überreichten die Unterschriften an Landtagspräsident Siegfried Schrittwieser. Nach dem Motto: „Wir haben schon mehr Spielhöhlen als Kindergärten.“

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

**Tagtäglich
wird eine
Familie
durch die
Spielsucht
ruiniert.**

Was machen Sie, Herr Abgeordneter?

KPO

KPO-Landtagsklub, Klubmann Erwin Strametz, (0316) 877-5104
Informations: <http://politikklub.kpo-stoermark.at>

Das „Kleine Glücksspiel“ sieht Einsätze von höchstens 50 Cent und eine Mindestspieldauer von 20 Sekunden vor. Tatsächlich können beim Automaten in nur einer Minute 100 Euro verspielt werden. Die Glücksspiel-Betreiber umgehen das Gesetz systematisch, werden aber nicht belangt.



STEIGENDE KRIMINALITÄT DURCH GLÜCKSSPIEL

Ermittlungen im Glücksspielmilieu

Wettcafés als Ziel von Überfällen, Verbrechen zum Bezahlen von Spielschulden oder zum Spielen – bei der Polizei gehören Probleme rund ums Glücksspiel längst zur Tagesordnung.

21 Überfälle auf Wettcafés zählt die steirische Kriminalstatistik für das letzte Jahr. „So viele wie nie zuvor. In Österreich gab es nur in Wien noch mehr“, erklärte Oberstleutnant Erwin Strametz von der Polizei bei der Glücksspiel-Enquete im Landtag. Inzwischen habe sich die Situation entspannt. Dennoch sieht die Polizei die Kriminalität rund um das Glücksspiel als dramatisches Problem. Dahinter stecken gravierende Delikte. Grund genug also, etwas zu unternehmen.

Die Polizei hat sich auf Motivforschung begeben: 74 Straftaten rund ums Glücksspiel zählte man von Anfang 2006 bis Juni 2007. Mit 36 Fällen entfiel fast die Hälfte davon auf das heurige Jahr!

Da wurde etwa jene 22-Jährige ausgeforscht, die zwei Sparbücher ihrer Oma entwendet und 30.000 Euro behoben

hatte. Das Geld hat sie beim Automaten-Glücksspiel verzockt, gab die junge Frau an. Ein 35-jähriger Grazer stand heuer vor Gericht, der über eine Internet-Plattform für Luxusuhren kassiert, diese jedoch nie verschickt hat. Insgesamt hat er rund 89.000 Euro „verdient“. Vor Gericht gab er an, er habe das Geld für seine Spielsucht gebraucht.

Hunderte Straftaten

„Bei den Fällen ging es darum, den Lebensunterhalt wegen Spielschulden bestreiten oder die Spielsucht bezahlen zu können“, erklärt Oberstleutnant Strametz. Raub, Diebstahl, Veruntreuung, Betrug, Körperverletzung, Rauschgift-handel zählen zu den häufigsten Delikten. Besonders groß seien die Probleme in Graz, von 16 steirischen Bezirken seien bisher nur drei frei von Kriminalität rund ums

Glücksspiel. Beim Raub sei der Durchschnittstäter 27 Jahre alt und habe es hauptsächlich auf Wettcafés selbst abgesehen, erzählt Strametz aus der Statistik. Zehn Mal hatte man mit Versicherungsbetrug zu tun, wobei es ein Täter auf 144 und ein weiterer auf 88 Straftaten brachte. Der durchschnittliche Einbrecher bei der Glücksspiel-Kriminalität sei 35 Jahre alt. 18 Straftaten hat die Polizei erfasst, ein Täter brachte es auf 38 Delikte. Beim gewerbsmäßigen Diebstahl brachte es ein Täter auf 280 Straftaten.

Hohe Dunkelziffer

Beachten müsse man auch die Dunkelziffer, denn auf eine gemeldete Straftat kommen zehn bis 20, die nicht angezeigt werden, so der Polizist, weil das Vergehen zu geringfügig sei oder die Betroffenen meinen, dass die Anzeige ohnehin nichts helfe. „Oft gilt der Slogan: In die Familie greift man nicht ein!“, erklärt Erwin Strametz.

Zum Verhindern der Glücksspiel-Kriminalität denkt

man bei der Polizei an Alarmanlagen, an Überfallsschulungen, um im Fall richtig zu reagieren, an Projekte zur Suchtprävention an Schulen und in Jugendzentren. Da seien in der Steiermark 40 Polizisten im Einsatz.



www.bigshot.at

Polizeimarken sind im Glücksspielmilieu oft zu sehen

WARUM LÖHNE AUSEINANDER DRIFTEN

Gerechtere Lohnerhöhungen

„Die Reichen werden reicher – die Armen ärmer“. Dieser Spruch gilt leider auch bei Löhnen und Gehältern: Die Schere klafft immer weiter auseinander. Schuld daran ist die Praxis, Löhne prozentuell zu erhöhen.

Laut Erhebungen des Wirtschaftsforschungsinstituts lag das reale monatliche Nettoeinkommen der Österreicherinnen und Österreicher mit 1.516,96 Euro im Vorjahr unter dem Niveau von 1991. Angesichts dieser schockierenden Tatsache sind die Forderungen nach kräftigeren Lohnerhöhungen mehr als gerechtfertigt.

Doch besonders Beziehern niedrigerer Einkommen drohen angesichts dieser Entwicklung in die Armut abzurutschen. Denn während die Preissteigerungen zur Deckung von Grundbedürfnissen wie Nahrung, Wohnen und Energie enorm sind, sind gerade Niedrigverdiener und -verdienerinnen bei prozentuellen Lohnerhöhungen im Nachteil.

Warum das so ist, zeigt das folgende Beispiel: Herr Führungspersonal verdient 10.000 Euro monatlich, Frau Minilohn 1.000 Euro. Bei einer Erhöhung der Bezüge um 2 % bekommt Herr Führungs-

personal um 200 Euro mehr, während Frau Minilohn die Erhöhung um 20 Euro kaum wahrnimmt.

Ein Jahr später wiederholt sich das Spiel. Aus 10.200,- werden nun 10.404 Euro, aus 1.020 Euro werden 1.040,40. Innerhalb von nur zwei Jahren vergrößert sich die echte Einkommensdifferenz zwischen unseren beiden Einkommensbezieher/innen bereits um 363,60 Euro!

So kommt es, dass die Bezieher höherer Einkommen bei jeder prozentuellen Lohnerhöhung wesentlich mehr profitieren, Niedrigverdiener kommen aus ihrer Misere hingegen nie heraus. Sogenannte „Einmalzahlungen“ sind aber keine Lösung, wenn die Basis für Berechnung in den Folgejahren niedrig bleibt.

Die KPÖ fordert daher neben Lohnerhöhungen, die die gestiegenen Lebenshaltungskosten wirklich abdecken, garantierte Sockelbeträge für alle Lohn-Bezieherinnen und Bezieher.

BEISPIEL: EINKOMMENSENTWICKLUNG IM 10-JAHRES-VERGLEICH

Jahr	Einkommen jährlich bei 14maliger Auszahlung, Ausgangsbasis monatlich:		Differenz aus Lohn-(Gehalts)steigerung absolut
	1.000,00	4.000,00	
1996	14.000,00	56.000,00	
1998	14.567,10	58.268,30	1.701,2
2000	15.236,40	60.945,60	3.709,20
2002	16.017,30	64.069,10	6.051,80
2004	16.714,50	66.857,90	8.143,40
2006	17.551,10	70.204,50	10.653,40

(Einkommen in Euro brutto, berechnet auf Basis des Tariflohnindex, Statistik Austria)
Betrug die Differenz zwischen den beiden Einkommen vor 10 Jahren 42.000 Euro jährlich, waren es im Vorjahr bereits 52.653,40 Euro, um 10.653,40 Euro mehr!

GEDEMÜTIGT, ISOLIERT, VERARMT

Arbeitslose – w

Sie fühlen sich als Almosenempfänger, auf Ge- deih und Verderb den Behörden ausgeliefert, und so werden sie auch behandelt. Arbeitslose erzählen.

Haben Sie Urlaub?", vor dieser Frage hatte Isabel S.* Angst, denn sie wollte nicht als Sozialschmarotzerin dastehen.

Jahrelang war sie als Chefsekretärin in der Baubranche tätig gewesen. Dann machte ihr Chef dicht. Frau S. war 45 Jahre alt, als sie arbeitslos wurde. Bei Vorstellungsgesprächen hieß es, sie sei „überqualifiziert“ oder schlichtweg zu alt. „Einmal“, so erinnert sich Frau S., „kam ich für eine Tätigkeit als Sekretärin unter 100 Bewerberinnen in die engste Wahl. Ich musste sogar - zum ersten Mal in meinem Leben - eine Aufnahmeprüfung machen. Der Chef versicherte mir, ich

sei seine Wunschkandidatin. Doch dann ließ er die Katze aus dem Sack: 6000 Schilling (umgerechnet 436 Euro) war er bereit, monatlich zu bezahlen. Von diesem Betrag hätte ich nicht einmal die Miete von 513 Euro bezahlen können, geschweige denn leben!“

Mehrere Jahre lang konnte Frau S. keine Arbeit finden. Sie erkrankte immer wieder schwer. Von der Arbeitslosenunterstützung blieben ihr nach Abzug der Fixkosten gerade einmal 30 Euro zum Leben. „Oft wusste ich nicht, was ich essen sollte. Ich kaufte Nudeln und Reis und ernährte mich hauptsächlich davon. Um Abwechslung zu haben, aß ich oft geröstete Brösel. Und ich habe mich so für meine Situation geschämt“, gesteht Frau S. „Einmal sperrte mir das AMS mit einer fadenscheinigen Begründung die Bezüge. Erst nach einer Intervention an höherer Stelle



Wenn es um Kündigungen geht, sind Leiharbeiter die ersten Opfer.

as sie erleben

erreichte ich, dass das Geld nachbezahlt wurde und sich meine Betreuerin bei mir entschuldigte. Sie begründete ihre Vorgehensweise später damit, dass sie selbst unter starkem Druck von oben stehe." Seit heuer ist Frau S. in Pension, und das jahrelange Leiden ist endlich vorbei.

Helga F.* war 30 Jahre lang als Kellnerin tätig. „Nach meinem zweiten Knöchelbruch innerhalb von sechs Jahren konnte ich fast nicht mehr gehen.“ Mit dem Unfall kam die Arbeitslosigkeit. „Ich humpelte stark, doch der Chefarzt schrieb mich trotzdem gesund. In diesem Zustand zu kellnern war unmöglich. Also ging ich zum AMS und wollte mich umschulen lassen.“

Die Maßnahme

Das AMS schickte Frau F. in einen Kurs. Sie sollte lernen, wie man eine Bewerbung schreibt. Von Umschulen war keine Rede. „Mit mir im Kurs saß eine Frau mit einem kaputten Knie, die das lange Sitzen gar nicht aushielt. Eine andere Kollegin, 56jährig, hatte ihr Leben lang als Verkäuferin gearbeitet. Sie war an den Händen operiert und nervlich ein Wrack. Beide galten als „arbeitsfähig“ und vermittelbar.“ erzählt Frau F. Und sie fragt: „Ist es wirklich notwendig, dass man diese Menschen derart quält?“

Frau F. bezahlte aus eigener Tasche mehr als 50 Therapieeinheiten, um wieder auf die Beine zu kommen. Heute arbeitet Frau F. wieder als Kellnerin. Ihr Chef hat sie angestellt, weil sie bereits früher einmal bei ihm gearbeitet hat und er weiß, dass sie eine verlässliche und fleißige Person ist. „Ich verdiene heute um 500 Euro weniger als vor meinem Unfall. Mit dem Geld komme ich gerade über die Runden. Extraausgaben sind nicht drin. Wenn ich Kleidung brauche,

behebe ich Geld von meinen Ersparnissen.“

Hauptsache irgendetwas arbeiten, sagt Frau F. wie viele andere auch. Und obwohl es einfach nicht so viele offene Stellen gibt wie Arbeitssuchende, werden Arbeitslose selbst für ihre Situation verantwortlich gemacht und immer mehr unter Druck gesetzt.

*) Namen von d. Redaktion geändert

VERSCHLECHTERUNGEN FÜR ARBEITSLOSE

Zumutbarkeit: Die Möglichkeiten, eine angebotene Stelle abzulehnen, werden eingeschränkt:

Wegzeit: „Jedenfalls zwei Stunden“ von und zur Arbeit gelten als zumutbar.

Erweiterte Vermittlung: Die Zuweisung zu „Sozialökonomischen Betrieben“ oder in „Gemeinnützige Projekte“ ist bindend. Ansonsten droht Bezugssperre.

Anti-Pfusch: schärfere Sanktionen für pfuschende Arbeitslose:

vier Wochen AL-Bezüge werden zurückgefordert.

Leiharbeit: Private Personalvermittler werden forciert. Verweigerung der Leiharbeit bedeutet Bezugssperre

Arbeitslose in der Steiermark: derzeit 26.666 Personen, davon 10.401 – um 3,9 % mehr als im Vorjahr – allein in Graz. Der Grund: Abbau von Leiharbeitern, vor allem in der Autoindustrie, mehr als 1.000 weitere Kündigungen stehen unmittelbar bevor.

www.therme-aqualux.at

Eintauchen und wohlfühlen...

Ab 8. Dezember 2007

Tauchen Sie ein in unsere Erlebniswelt des Lichts...

All das erwartet Sie in der Therme Fohnsdorf - im Herzen der Obersteiermark!

- **Sportbecken** (25 x 10m)
- **Erlebnis-Bereich** mit beheiztem Wasser und Thermalwasser (36 °C) inklusive Erlebnisbecken mit Strömungsanlage, Wellen- und Strömungsbecken, Massagebecken mit Bodensprudel, Freibecken mit Inneneinstieg
- **Ruhebad-Bereich** mit Thermalbecken inklusive Massagebänken, kombiniertes Innen- und Frei-Becken
- **Getrennter Bereich** mit Black-Hole-Rutsche für Kinder – damit Sie ungestört entspannen können!
- **Saunalandschaft** über 2 Etagen mit finnischer Sauna, Dampfsauna, Dampfkabine, Erlebnisduschen, gemütliche Relax-Lounge mit Kaminfeuer
- **Außen-Saunabereich** mit finnischer Sauna mit Panoramablick und Kaltbecken
- **Vielseitige kulinarische Angebote** für den kleinen und großen Hunger in unseren Restaurants

- Schwimmen Sie im temperierten **Thermalwasser...**
- Genießen Sie **besondere Momente** der Ruhe...
- Entspannen Sie in unseren **großzügigen Ruhe-Oasen** mit Blick auf den Zirbitzkogel...
- Genießen Sie **wohltuende Massagen** und **entspannende Beauty-Behandlungen** in unserem „**Balance-Zentrum**“ ...
- Tun Sie sich selbst etwas Gutes und lassen Sie sich wieder einmal so richtig **verwöhnen...**

Unser spezieller einmaliger Kennenlern-Preis für Sie:

- 1 Tageseintritt in die Therme inkl. Sauna- und Relaxbereich und
- 1 alkoholfreiem Getränk

pro Person € 20,-*

*(Gegen Vorlage dieses Kupons erhalten Sie den oben genannten Kennenlernpreis - max. 2 Personen)

AQUALUX
THERME FOHNSDORF

Kontakt: Frau Wilding, 0664 / 96 43 979

Therme des Lichts - Balancezentrum

Angebot gültig bis Ende Februar 2008

HEIZÖL EXTRATEUER

Heizkostenzuschuss!

120 Euro beim Betrieb einer Ölheizung und 60 Euro beim Betrieb einer anderen Heizungsanlage beträgt der Heizkostenzuschuss des Landes Steiermark für die Wintersaison 2007/08.

Steirerinnen und Steirer, deren monatliches Nettoeinkommen bestimmte Grenzbeiträge nicht übersteigt, können den Heizkostenzuschuss ab 16. Oktober beim zuständigen Gemeindeamt beantragen.

Die Einkommensgrenzen betragen für einen Ein-Personen-Haushalt 847,- Euro, für Ehepaare und Haushaltsgemeinschaften 1.273,- Euro und für Alleinerzieher 768,- Euro, wobei für jedes Kind mit Familienbeihilfe 243,50 Euro mehr verdient werden dürfen. Achtung: Als Monatseinkommen gilt das durch 12 dividierte Gesamt-Jahreseinkommen: D.h. allfälliges Weihnachts- oder Urlaubsgeld wird dazugerechnet.

Nicht beantragt werden kann der Heizkostenzuschuss von Bezieherinnen und Beziehern der Wohnbeihilfe Neu. Begründet wird dies damit, dass die Wohnbeihilfe nun auch eine Betriebskostenpauschale von 1,56 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche enthält.

Angeichts der in letzter Zeit stark gestiegenen Heizkosten stehen aber auch immer mehr Bezieherinnen und Bezieher vor immensen finanziellen Problemen. Die KPÖ stellte daher im Oktober im Landtag den Antrag, Beziehern der Wohnbeihilfe Neu aufgrund der explodierenden Heizkosten auch weiterhin einen Heizkostenzuschuss zu gewähren. Umso mehr als die hohe Mineralölsteuer zusätzliche Einnahmen in die Staatskassen bringt. Eine Stellungnahme der Landesregierung steht noch aus.

SCHOTTERABGABE: SIND 40 CENT ZUVIEL?

Schutz für Schotterbarone

Finanzlandesrat blockiert Schotterabgabe, die vom Landtag beschlossen wurde. In mehreren Bundesländern gibt es so eine Abgabe schon. Einnahmen würden für Naturschutz verwendet.

Rund 3,1 Millionen Euro pro Jahr würde jene Schotterabgabe in die Landeskasse bringen, die von KPÖ, Grünen und SPÖ im April im Landtag beschlossen wurde. Finanzlandesrat Christian Buchmann will davon nichts wissen. Er meint, die Häuslbauer würden belastet und es gebe Jobverluste, wenn die Schotterbarone eine Schotterabgabe bezahlen müssen.

Der ÖVP-Politiker hat sich eine Studie von Joanneum Research anfertigen lassen, die zufällig genau seine Warnungen bestätigt. Die Studie

belegt sogar, dass die Abgabe als „umweltpolitisches Lenkungsinstrument“ geeignet sei, so wie das die anderen Parteien vorgesehen hatten. Die KPÖ hat beantragt, dass die Schotterabgabe in den Landschaftspflegefonds fließen solle, um damit Umweltmaßnahmen zu finanzieren. Etwa für Naturschutzmaßnahmen auf Kleinbauernland, meint die KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher, „aber offensichtlich liegen die Interessen der Schotterbarone der ÖVP mehr am Herzen als die Interessen der kleinen Bauern“.

Gleichzeitig hat Joanneum Research herausgefunden, dass man im Fall der Steuer plötzlich auf 670.000 Tonnen Schotter verzichten könne. Die steirische Wirtschaftsleistung gehe um 10,8 Millionen Euro zurück – wegen 40 Cent pro Tonne Schotter (eine Tonne Schotter kostet je nach Qualität rund 12 Euro).

Tatsächlich hat Buchmann empfohlen, von der Schotter-

abgabe abzusehen. Abzüglich dem Verwaltungsaufwand blieben „nur“ 2,5 Millionen Euro (34 Millionen Schilling) übrig – „nicht nötig“, zitiert die Kleine Zeitung den Finanzlandesrat. Damit stelle er die Schotterbarone unter Schutz, meinte sogar SPÖ-Mann Kurt Flecker.

KPÖ, Grüne und SPÖ wollen die Schotterabgabe mit einem Initiativantrag im Landtag durchbringen, wenn Buchmann das Umsetzen des Landtagsbeschlusses verweigert. Derartige Verweigerungen haben bei der ÖVP übrigens fast Tradition. Man denke an Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder. Sie hat günstigen Landestankstellen bis heute nicht für die Steirerinnen und Steirer geöffnet, wie das der Landtag im Winter 2006 beschlossen hat; obwohl der Sprit heute wesentlich teurer ist als damals.

Eine Schotterabgabe gibt es übrigens schon in sieben Bundesländern.



www.bigshot.at

40 Cent Abgabe pro Tonne Schotter sollen Umweltschutz zugute kommen.



Wenn der Steinbruch kommt, wird es vorbei sein mit der Ruhe und Beschaulichkeit im Lutschinggraben in der Obersteiermark.



KPÖ-Sprecher Perteneder: „Es ist zu befürchten, dass die Anrainer mehr als 70 schwere LKWs täglich ertragen müssen“

STEINBRUCH BRINGT LÄRM, VERKEHR, SCHLECHTE LUFT

LKWs im 10-Minuten-Takt

Wird der geplante Porphy-Steinbruch in Tragöß Realität, werden bald 70 zusätzliche Lkw täglich die L111 befahren. Für die Politiker der Anrainergemeinden trotzdem kein Grund, die Bevölkerung darüber rechtzeitig zu informieren.

Porphyrit ist ein begehrter Baustoff und wird unter anderem für Fußböden, Küchenplatten und Edelsplitt verwendet. Das von der Grazer Firma Granit beantragte Bewilligungsverfahren für den Porphyritabbau in Tragöß an der Grenze zu St. Katharein an der Laming ist in der Endphase.

Der Abbau des Gesteins ist auf dem Grundstück des Tragößer Bürgermeisters Maunz geplant. Diese Tatsache und eine zweitägige Einladung der Gemeinderatsmitglieder nach Südtirol durch die Firma Granit haben den einstimmigen Gemeinderatsbeschluss zugunsten des Steinbruchs wohl begünstigt – neben den zu erwartenden Arbeitsplätzen und Gemeindeeinnahmen aus Ablösen und Kommunalsteuer.

Für St. Katharein an der

Laming sind solche Vorteile nicht zu erwarten. Umso mehr erstaunt ein Schreiben der Gemeinde an die Firma Granit GmbH aus dem Jahr 2005, in welchem sie erklärt, „dass die Gemeinde sich mit dem von Ihnen in Aussicht genommenen Schotterabbau ausdrücklich für einverstanden erklärt und darauf verzichtet, in den bezughabenden Genehmigungsverfahren Einwendungen welcher Art auch immer zu erheben.“

Straßenblockade?

In der Öffentlichkeit wird der Sachverhalt freilich ganz anders dargestellt. „Seitens der Bevölkerung sind extreme Widerstände zu erwarten“, heißt es etwa in der St.-Kathareiner Gemeindezeitung vom Juni dieses Jahres. Gegenüber der „Kleinen Zeitung“ gab

sich Bürgermeister Hubert Zinner besonders kämpferisch und drohte sogar mit einer Straßenblockade durch die Bevölkerung.

Die einzige Anrainerin des geplanten Steinbruchs, Frau Maria Kuhnes, ist Hauptleidtragende der Auswirkungen des künftigen Porphyritabbaus vor ihrer Haustüre. Immer wieder hat sie auch auf zahlreiche Ungereimtheiten in der Vorgeschichte hingewiesen. So gehörte das von Bürgermeister Maunz erst im Vorjahr erworbene und als Zufahrt gedachte Grundstück einst ihr. Mit ihrem Einspruch kämpft Frau Kuhnes gegen Windmühlen. Man hat ihr geraten, sich besser mit der Firma Granit „zu arrangieren“, anstatt den geplanten Steinbruch zu beinspruchen.

Pro Jahr sollen 150.000 Tonnen Gestein verarbeitet werden. 35 LKW-Transporte täglich sollen das Material nach St. Marein im Mürztal zur weiteren Verarbeitung bringen. Für die Bevölkerung an

der L111 bringt der geplante Steinbruch ein höheres Verkehrsaufkommen, schlechtere Luft und ein Vielfaches an Lärm.

Clemens Perteneder, Sprecher der KPÖ-Bezirksorganisation Bruck/Mur-Kapfenberg, zeigt sich verärgert. „Wir machen uns vor allem Sorgen um die Leute in Arndorf sowie den Brucker Stadtteil Berndorf. Es ist zu befürchten, dass die Anrainer mehr als 70 schwere LKWs täglich ertragen müssen, die im Abstand von weniger als 10 Minuten durch die Siedlungsgebiete fahren werden.“

Auf seine diesbezügliche Anfrage bei Stadtamts- und Baudirektion erhielt er nur die lapidare Antwort, dass es sich bei der betroffenen Straße um eine Landesstraße handle. Da dürfe fahren, wer wolle. „Es wäre Aufgabe der Gemeinde, ihre Bürger zumindest über die bevorstehende Verkehrsbelastung zu informieren. Doch das fand diese wohl nicht der Mühe wert.“, so Perteneder.

Bez. Voitsberg in Kürze

Tag der offenen Konten

Klubobmann Ernest Kaltenegger und die Landtagsabgeordneten der KPÖ verwenden einen Großteil ihres Politikereinkommens um Menschen in Not zu helfen. Jahr für Jahr legen sie beim „Tag der offenen Konten“ darüber Rechenschaft ab.

Erstmals findet diese Offenlegung 2008 auch in Voitsberg statt. Und zwar am **Dienstag, 22.01.2008, um 9 Uhr im Gasthaus MERTA**, C.v.Hötzendorfstraße 13, Voitsberg. Nicht nur Medienvertreter/innen, sondern auch die Bevölkerung ist zu dieser Pressekonferenz herzlich eingeladen!

Achtung: Geänderte Sprechstundenzeiten

Derzeit können die Sprechstunden in der KPÖ-Bezirksleitung in Voitsberg (C.-v.-Hötzendorfstraße 29, 03142/22 4 21, kpoe-voitsberg@aon.at) aufgrund einer beruflichen Veränderung unseres Mitarbeiters Ralf Klimt nur eingeschränkt abgehalten werden. Sie finden **bis Ende Jänner 2008 jeden Mittwoch von 18 bis 20 Uhr** statt. Ab Februar 2008 wird das Büro auch wieder an einem Vormittag in der Woche besetzt sein.

Sozialsprechstunde

Voitsberg: Die nächste Sprechstunde mit LAbg. Claudia Klimt-Weithaler und Karin Gruber findet am Dienstag, den 5. Februar 2008, von 10 bis 12 Uhr im KPÖ-Bezirksheim Voitsberg statt. Um telefonische Anmeldung unter 03142/22 4 21 oder 0316/877 51 01 wird gebeten.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

VERWIRRSPIEL UM STILLLEGUNGSPRÄMIEN Kraftwerk wieder ans Netz?

Im Herbst 2006 hat die Verbund-Tochter ATP das Kraftwerk Voitsberg zugesperrt, weil es nicht rentabel war. Nun soll es von einem „privaten Investor“ wieder doch wieder aufgesperrt werden.

Ein Sechstel des steirischen Strombedarfs lässt sich mit dem Voitsberger Kraftwerk decken, wenn es mit Steinkohle betrieben wird. Und 70 Menschen würden dort Arbeit finden. Die Pläne von Mirko Kovats und Ex-Landesrat Gerhard Hirschmann klingen gut. Die beiden wollen das Voitsberger Kohlekraftwerk zu neuem Leben erwecken, das im Herbst 2006 abgeschaltet wurde. Gleichzeitig zeigen sie das Versagen in der steirischen Energiepolitik auf. „Wie sich nun zeigt, war es ein Schildbürgerstreich, das moderne Kraftwerk auf Basis der heimischen Braunkohle zu schließen“, so KPÖ-Sprecher Klaus Piebernick.

132,6 Millionen Euro haben die Stromkunden für die Stilllegung des Voitsberger Kraftwerkes (ÖDK III) bezahlt. Das sind die sogenannten „stranded costs“. Der Braunkohle-Bergbau in der Region war durch die Schließung Geschichte, Arbeitsplätze waren verloren.

Nun tauchten Kovats und Hirschmann mit ihrer „Geschäftsidee“ auf. Sie wollen die Anlage mit polnischer Steinkohle betreiben, die mit zwei Zügen pro Tag herangekarrt wird. Ein Sechstel des in der Steiermark benötigten Stroms will man aus den Voitsberger Turbinen ziehen, die für den Verbund zuvor unrentabel waren. Der wollte die Bestandteile der Anlage in die Türkei verschern.

Die neuen Pläne brachten jedenfalls Bewegung in die Sache. Weil die „stranded costs“, die ohnehin von den Haushalten bezahlt wurden angeblich nicht zurückbezahlt werden müssen, wenn das Kraftwerk wieder ans Netz

geht, schmiedet nun auch der Verbund wieder Pläne zur Nachnutzung. Auch Landeshauptmann Franz Voves ist nun Feuer und Flamme für die Wiederaufnahme des Betriebs; ebenso wie der Voitsberger Bürgermeister Ernst Meixner. „Ich bin am Schmach gehalten worden und habe mir nach einigen Recherchen eine eigene Meinung gebildet“, meint Voves ein Jahr nach der Abschaltung, „es ist unverständlich, warum ein Privater die Umrüstung für rentabel halte, die ATP aber nicht“.

Einen Haken gibts natürlich bei den privaten Investoren: Sie wollen die Investition vom Land finanziert haben und die Gewinne privat einstreifen. Mit dem stillgelegten Kraftwerk in Zeltweg verhält es sich ähnlich.

Für Klaus Piebernick schaut es so aus, als wären die Fäden von Anfang an in Richtung Privatisierung gelaufen. Deshalb sei eine Energie-Steiermark/Verbund-Lösung der Kovats-Variante vorzuziehen, meint er.



Das Voitsberger Kohlekraftwerk soll wieder aktiviert werden.

VERSCHERBELT: Bundes- wohnungen

Der Wert der BUWOG-Wohnungen ist heute dreimal so hoch wie 2004 – als Karl-Heinz Gasser sie im Namen der Republik zu einem Spottpreis verscherbelt hat. Das Paket von insgesamt 32.000 Wohnungen erwarb die Immofinanz damals um spottbillige 588 Millionen Euro. Stolze 1,95 Milliarden Euro ist es heute wert.

Den Kaufpreis geschmälert hätten damals die Einweisungsrechte der Republik Österreich, wurde argumentiert. Der Skandal dabei: Nur wenige Monate nach dem Verkauf der Wohnungen verzichtete die Republik auch noch grundlos auf diese Einweisungsrechte.

ARMUT 35 Haushalte pro Tag Pleite

300.000 Haushalte in Österreich sind überschuldet.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Es liegt unter anderem auch an gewaltig gestiegenen Preisen für Grundnahrungsmittel (Brot, Milchprodukte etc), an hohen Tarifen für Strom, Heizöl, Treibstoffe, an höheren Mieten. Die KPÖ pocht auf eine amtliche Preisbindung, um den Preisanstieg bei den lebenswichtigen Waren und Leistungen zu stoppen.

Heuer konnten rund 6.500 Haushalte in Österreich einen Privatkonkurs – und damit eine Schuldenbefreiung innerhalb von sieben Jahren – erreichen. In der Steiermark konnten 531 Betroffene, um 18,5% mehr als im Vorjahr diesen ersten Schritt zur Schuldenbewältigung schaffen.

Leider gibt es in der Steiermark zu wenig Schuldnerberatungsstellen, daher liegt auch die Zahl derer, denen geholfen werden kann unter dem österreichischen Durchschnitt.



Bei den Thermenpreisen zieht es so manchem die Schlapfen aus

THERME DES LICHTS IN FOHNSDORF Thermalbad statt Kohlengrube?

Beim 700.000-Euro-Werbebudget für Thermen hat Tourismusreferent Schützenhöfer die Obersteiermark vergessen. Gefördert wird offenbar nur wer parteipolitisch passt.

Labels für die mit Arbeitsplätzen und Tourismusmagneten nicht gerade gesegnete Region Aichfeld ist die neue Therme Aqualux in Fohnsdorf. Die Freude über die schöne Anlage reicht aber offensichtlich nicht zu Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer. Der Tourismusreferent hat 700.000 Euro für Thermenwerbung locker gemacht. Für Aqualux Fohnsdorf, das bei den Förderungen ohnehin stiefmütterlich behandelt wird, war allerdings nichts dabei.

Nach Ansicht der KPÖ benötigt eine Therme gerade in der Anfangsphase besonderes Augenmerk in der Werbestrategie. KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher: „Das Aichfeld muss zwar die gesamte Belastung durch die Abfänger tragen, aber von versprochenen Arbeitsplätzen und Investition

tionen ist nichts bemerkbar. Die Therme Fohnsdorf ist das einzige größere Projekt in der Region. Es ist unverständlich, dass dieses wichtige Projekt in der Thermenwerbung keine Rolle spielen soll.“

Pacher kritisiert die ÖVP, die damit wieder unter Beweis stelle, dass ihr die Region Aichfeld-Murboden kein Anliegen ist. Die KPÖ stellte im Landtag den Antrag, die Therme „Aqualux“ unverzüglich in das Thermenwerbekonzept aufzunehmen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der ÖVP angenommen.

Region Aichfeld

Für die Region Aichfeld-Murboden sagen die Bevölkerungsprognosen einen dramatischen Rückgang der Einwohnerzahl voraus. Dem muss entgegengewirkt werden. Durch Arbeitsplätze aber durch

attraktive Freizeitangebote. Mit der Therme des Lichts ist dazu – wenn auch mit hohem Risiko für die Gemeinde – ein erster Schritt gelungen.

THERME UND RENTABILITÄT

Immer wieder hört man: Die Steiermark hat schon genug Thermen, Aqualux wird nicht rentabel sein. Aber Profit ist nicht alles im Leben. Es ist einfach an der Zeit, dass die Region ein modernes Bad bekommt und in Fohnsdorf wieder die Energie der Erde genützt wird, wenn auch in anderer Form als durch Kohlebergbau. Für die potentiellen Badbesucher der Region ist es nicht rentabel 150 km in eine oststeirische Therme zu fahren und nach 150 km Rückfahrt völlig erschöpft zu sein. Aber niedrigere, soziale Eintrittspreise wären da wie dort wünschenswert damit das Baden für die Einheimischen und Gäste rentabler wird.

ÖLKONZERNE SPEKULIEREN AUF KOSTEN DER AUTOFAHRER Preisschock an der Zapfsäule

Was noch vor zehn Jahren einen Staatsstreich verursacht hätte, ist Realität: Ein Liter Benzin kostet mehr als 20 Schilling. Ölkonzerne verdienen ohne Ende, Finanzminister reibt sich die Hände.

Wer heute mit einem leeren Tank zur Zapfsäule rollt, muss über ausreichend Bares verfügen. 55 Liter Superbenzin kosten inzwischen mehr als 68 Euro. Zu Jahresbeginn waren es noch 53,7 Euro – um rund 15 Euro weniger pro Tankfüllung. Der Grund dafür sind steigende Rohölpreise. Und satte Gewinne der Ölkonzerne.

Der Preis für ein „Barrel“ Rohöl (159 Liter) stieg von rund 40 Dollar im Jänner auf nunmehr gut 93 Dollar an. Mit dem Steigen der Rohölpreise gingen auch die Preise an der Tankstelle bergauf. Darüber freuen sich die Ölmultis. Die OMV etwa machte 2006 mehr als zwei Milliarden Euro Gewinn (vor Steuern). Damit ist man immer noch ein Mauer-

blümchen gegen Exxon-Mobil (30,2 Milliarden Euro), BP (22 Milliarden Euro) oder Shell (17,4 Milliarden Euro).

Gleichzeitig müssen wir noch froh sein, dass der Euro im Vergleich zum Dollar so gut dasteht. Würden sich die Wechselkurse umdrehen – ein Verhältnis, das wir zu Schilling-Zeiten schon hatten – dann wäre das Barrel um gut 40 Prozent teurer. Und dem entsprechend noch höher wäre der Benzinpreis.

Dass der Preis so hoch ist, liegt an Spekulationsgeschäften am freien Markt. Die hohen Preise resultieren sicher auch aus der gestiegenen Nachfrage und aus den Krisen in manchen Weltregionen. Aber den größten Anteil haben die Spekulanten an den Rohstoffbörsen. So ist der Ölpreis seit Januar um 50 Prozent gestiegen, während die echte Nachfrage aber nur um vier Prozent nach oben gegangen ist.

Der Spekulationszwecken dienende Handel, egal ob mit Rohstoffen oder Lebensmitteln, gehört weltweit unterbunden.

Zurück zu den heimischen Tankstellen. Was wäre zu fordern? Erstens die Rückkehr zu einer Benzinpreisregelung. Zweitens eine längst überfällige Senkung der Mineralölsteuer. Erinnerung wir uns. In den letzten Jahren wurde diese Steuer mehrmals erhöht. Der Finanzminister profitiert doppelt. An der Erhöhung der Steuer und an der durch den gestiegenen Nettopreis erhöhten Steuerbemessung. Es kann nicht



sein, dass der Staatshaushalt nur mehr über Massensteuern, wie Lohnsteuer, Mehrwertsteuer und Mineralöl-

steuer finanziert wird und man bei den Steuern auf Vermögen und Gewinn beide Augen zudrückt!

UNSUMMEN

Der Jahresumsatz 2006 bei ExxonMobil machte 371 Milliarden Dollar aus. Das Bruttoinlandsprodukt von Österreich von umgerechnet 361 Milliarden Euro kann da nicht mit. Der Konzern ist finanzkräftiger als unser ganzer Staat.

Dennoch schaut ExxonMobil alt aus gegen „Petrochina“. Der chinesische Staatsbetrieb hat nach seinem Börsengang mit einem Aktienwert von 689 Milliarden Euro.

Die Mineralölsteuer spült viel Geld in die Staatskasse. Pro Liter Diesel gehen 0,347 Euro, pro Liter Benzin 0,447 Euro an den Finanzminister. 2006 gingen so in Summe rund 3,5 Milliarden Euro an den Staat. In Deutschland beträgt die Mineralölsteuer pro Liter Diesel übrigens 0,47 Euro, in der Schweiz 0,52 Euro.

POLITIKEREINKOMMEN

Arme Schlucker im Nationalrat?

Nicht nur Otto Normalverbraucher muss immer öfter jeden Euro umdrehen, sondern auch die Abgeordneten im Nationalrat. Das könnte man meinen, wenn man in letzter Zeit verfolgt hat, wie „arm“ sich viele Nationalratsmandatäre medial verkauft haben.

Sitzt man im Nationalrat, bekommt man 8.024 Euro brutto 14 Mal pro Jahr. Viele von den 183 Abgeordneten

haben zusätzlich Jobs. Laut Gesetz dürfen Abgeordnete 75 % ihres vorherigen Einkommens weiter beziehen. Das heißt, sie bekommen auf eine Arbeitsleistung von 40 Wochenstunden bezogen ihre 8.024 Euro für 10 Stunden Arbeit pro Woche.

Das österreichische Durchschnittseinkommen liegt bei 2700 Euro brutto; für 40 Wochenstunden.

Knittelfeld

KPÖ

Sprechstunde mit Sozialberatung

mit KPÖ-Labg. Renate Pacher und DSA Karin Gruber
Do. 13. Dez. 07

10.00 bis 12.00 Uhr, KPÖ-Parteiheim Friedensstraße 10, Knittelfeld
Vorankmeldungen: 03512 / 822 40 oder 0316/ 877 51 01



ZERMAHLEN ZWISCHEN SPÖ UND ÖVP

Im Schneckentempo zur Gesamtschule

Die Großparteien können sich auf kein brauchbares Modell für die Gesamtschule einigen. So bleibt wieder einmal alles, wie es ist.

Es ist für das Schulwesen in Österreich traurig, dass die Schultypen weiterhin konkurrieren werden. Die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke", meint KPÖ-Schulsprecher Andreas Fabisch zur unseligen Schuldiskussion zwischen SPÖ und ÖVP. In Wirklichkeit bleibt alles beim Alten. Und das ist ja nicht gerade zufrieden stellend.

Nach der Volksschule bringt nur die Gesamtschule mehr Chancengerechtigkeit. In dem nun geplanten Nebeneinander der verschiedenen Schulformen (HS, AHS, NMS) wird eine soziale Durchmischung nur bedingt erfolgen; ähnlich wie bisher. Statt einer bestausgestatteten Neuen Mittelschule werden drei Schultypen miteinander konkurrieren. Zusätzliches Geld soll es nicht geben. Wie aber sollen dann starke wie schwächere Schülerinnen und Schüler bestmöglich gefördert werden? Wer bringt Unverbindliche Übungen und Freigegegenstände zurück – Stunden, die bei Schülerinnen und



Andreas Fabisch ist AHS-Lehrer und Vertreter der KPÖ im Landeschulrat

Schülern oft die beliebtesten waren?

Die einzige Neutralität, die der Bundesregierung noch wichtig scheint, ist die Kostenneutralität. Darunter verbirgt sich aber ein Ringen der verschiedenen Schultypen um die entscheidenden Mittel – ein Verteilungskampf auf Kosten von Schülerinnen, Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern.

KEIN KOLLEKTIVVERTRAG AN DER UNI

Geringfügig Beschäftigte schwer benachteiligt

Mit 1. 1. 2004 wurden die Universitäten ausgliedert. Damit bekamen Vertragsbedienstete ein neues Vertragsverhältnis. Bis zum Inkrafttreten eines neuen Kollektivvertrages sollte für diese, aber auch für nach dem 1. 1. 2004 entstehende Dienstverhältnisse zumindest der Standard des Vertragsbediensteten-Gesetzes (VBG) gelten.

Tatsächlich haben die Universitäten diesen Standard al-

lerdings nicht bei allen neuen Dienstverträgen angewendet. So sehen sie beispielsweise die Anwendung des VBG für Geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte nach dem Universitäts-Abgeltungsgesetz als nicht gerechtfertigt an.

Trotzdem gibt es bis heute für diese an den Unis prekär beschäftigten Menschen weder einen gültigen Kollektivvertrag noch definierte Mindestlöhne.

KOMMENTAR

Die heutige Jugend braucht mehr



KPÖ-LABg. CLAUDIA KLIMT-WEITHALER

1,2 Millionen Euro werden in der Steiermark jährlich für die offene Jugendarbeit (Jugendzentren, Jugendtreffpunkte/-räume, Jugendinitiativen etc.) ausgegeben. Wer glaubt, dass das viel Geld ist, irrt. In dieser Summe sind nämlich die Personalkosten der JugendarbeiterInnen bereits inkludiert. Diese Tatsache beweist, dass die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bei uns immer noch gering geschätzt wird.

Ich durfte im September 2007 an einer Bildungsreise nach Helsinki teilnehmen, die vom Steirischen Fachstellennetzwerk für Jugendarbeit und Jugendpolitik (www.fachstellennetzwerk.at) organisiert wurde und war begeistert von der Grundeinstellung, die Finnland der Jugendarbeit entgegen bringt. Sie genießt in allen Gesellschaftsschichten einen besonders großen Stellenwert. Dem entsprechend gut ausgestattet ist das Budget, und die Erfolge, die erzielt werden, sprechen für sich. Allein die Stadt Helsinki stellt der offenen Jugendarbeit jährlich 24,2 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden z.B. 53 Jugendzentren

und zahlreiche andere Einrichtungen, wie z.B. das „Girls House“ (siehe unten) betrieben. Neben einer guten Ausstattung der Räumlichkeiten und sinnvollem Personalschlüssel wird dort auch das Prinzip der Partizipation, also altersgerechter Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte in allen Kinder und Jugendliche betreffenden Angelegenheiten, groß geschrieben.

Auch wir in der Steiermark müssen endlich einen Weg einschlagen, wo Kindern und Jugendlichen mit Respekt und jenen, die mit dieser Zielgruppe arbeiten, mit hoher Wertschätzung entgegengetreten wird.

Einer der ersten Schritte sollte die Verankerung der UN-Kinderrechtekonvention in der Steirischen Landesverfassung sein – eine Forderung, die die KPÖ schon lange stellt und deren Umsetzung sie erst vor kurzem wieder im Landtag mit ihren Stimmen unterstützt hat.

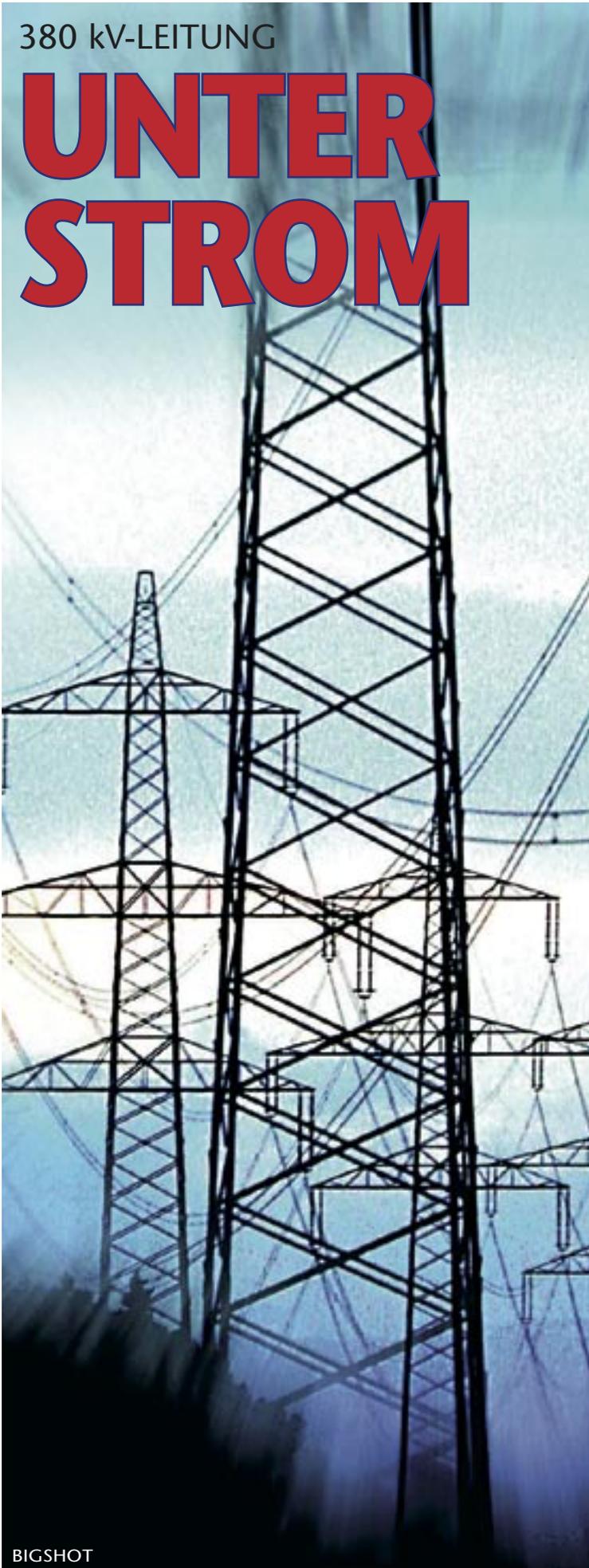
Hoffen wir, dass die schönen Reden letztendlich auch mit konstruktivem Handeln einhergehen – für unsere heutige Jugend!



„Girls House“ in der finnischen Stadt Helsinki ist ein Zentrum für Mädchen und junge Frauen zwischen zehn und 25 Jahren, mit Freizeitangeboten, ärztlicher Beratung sowie Mutter-Kind-Gruppen.

380 kV-LEITUNG

UNTER STROM



BIGSHOT

Allen Protesten zum Trotz wird die 380kV-Hochspannungsleitung über die Oststeiermark gelegt. Das weniger belastende Erdkabel wurde als zu teuer abgetan. Anrainer müssen mit Elektromog leben.

Die Enttäuschung stand jenen Oststeierinnen und Oststeirern ins Gesicht geschrieben, die am 10. November ein wiederholtes Mal gegen die 380kV-Leitung auf die Straße gingen. Ein Jahrzehnte langer Kampf gegen das Hochspannungs-Projekt, das die Lebensqualität der Anrainer massiv belastet, ist verloren. Bäume fielen bereits, um den Masten Platz zu machen – dort wo heute Äcker, Wiesen, sanfte Hügel und unbelassene Natur zu finden sind.

Die Leitung wird vom Verbund gefordert. Seit gut 20 Jahren warnt die Stromlobby vor Stromabschaltungen und Energiemangel, wenn sie nicht gebaut wird. Bislang gab es allerdings keinen Strommangel. Vielmehr warnen die Projektgegner, dass die Leitung einzig dem Transport von Atomstrom durch Österreich diene.

Aufschluss über die Auswirkungen der Leitung sollte schlussendlich eine Umwelt-

verträglichkeitsprüfung (UVP) geben. Die ging – ganz zufällig – im Sinne des Verbundes aus. Alle Bedenken und Gegenvorschläge wurden pauschal vom Tisch gewischt, ärgern sich die 18 Bürgerinitiativen, die 149 Einwände gegen die Hochspannungsleitung vorgebracht hatten. 32 steirische Gemeinden sind betroffen.

„Der Verbund hat eine Runde für sich entschieden. Von einem baldigen Baubeginn kann aber keine Rede sein. Die Verbund ist gut beraten, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes abzuwarten und die Zeit zum Nachdenken zu benutzen“, meint Bürgersprecher Richard Hubmann kämpferisch. Und er erinnert an Hainburg. Für das Kraftwerk in der Donau-Aulagen seinerzeit alle Bewilligungen vor. Gebaut wurde es allerdings nie.

Nachdem der Umweltsenat die Einsprüche abgewiesen hat, haben die Bürgerinitiati-

ELEKTROSMOG

Elektrische und magnetische Wechselfelder gehen von stromdurchflossenen Leitern aus. Niederfrequente Felder gibt es neben Hochspannungsleitungen, Trafohäuschen, Eisenbahnstrom. Bei Mobilfunkmasten kommt noch ein hochfrequentes, gepulstes Wechselfeld zum Tragen, mit dem die Informationen übertragen werden.

Die Auswirkungen auf den Menschen (Einfluss auf Hormonhaushalt, Immunsystem und Biorhythmus, verringerte Leistungsfähigkeit, Schlafstörungen, dauerndes Kopfweg, Depressionen) sind inzwischen fundiert untersucht. Weil aber hinter der Strom- und Mobilfunkwirtschaft gewaltige wirtschaftliche Interessen stehen, werden Warnungen nach wie vor meist in den Wind geschlagen.

Tatsache ist: Grundstücke nahe an Strom- oder Mobilfunkmasten verlieren massiv an Wert.

Hochspannungsleitungen verursachen Elektromog. In der Nähe wird bisweilen das 50-Fache des Grenzwertes überschritten.



ven Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof eingelegt. Da der Verbund-Konzern sich auf den rechtskräftigen Bescheid stützt und bereits mit den Bauarbeiten begonnen hat, wird der Verwaltungsgerichtshof kaum noch eine Entscheidung gegen den Bau dieser Leitung treffen können, so die Sorge der Betroffenen. Ein Bau-stopp bis zum Vorliegen einer höchstgerichtlichen Entscheidung wäre hier nur fair.

Gesundheitsrisiko

Dass der Bau der 380kV-Leitung jahrzehntelange Proteste hervorruft, die nicht verebben, wurde auch durch grobe Fehler der Raumplanung verursacht: Normalerweise sind 380kV-Leitungen von den nächsten Wohngebäuden mehrere Hundert Meter entfernt; empfohlen wird jedenfalls ein Mindestabstand von 250 Metern. Bei der Oststeirischen Trasse sind hingegen Abstände von nur 70 bis 80 Metern vorgesehen. Besonders betroffen sind vor allem jene Bürger, die trotz der zu erwartenden Gesundheitsgefährdungen durch

Elektromog keine Entschädigungen erhalten, weil sie nicht Liegenschaftseigentümer sind; oder weil sie am Rande der „Entschädigungszone“ liegen. Diese soll überhaupt recht flexibel gehandhabt worden sein – je nachdem, welchem Günstling man zu einem gewissen Zubrot verhelfen wollte. Andere Eigentümer, die gegen die Trasse waren, werden nun „überspannt“ und müssen mit einer Mini-Entschädigung Vorlieb nehmen.

„Die KPÖ unterstützt den Widerstand gegen die Hochspannungsleitung“, so der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder. Die KPÖ fordert, dass mit dem Bau gewartet wird, bis der Verwaltungsgerichtshof endgültig entschieden hat. Derzeit wird jedenfalls eifrig gearbeitet: in Hofstätten bei Gleisdorf an einem Umspannwerk, an anderen Orten an der Trasse selbst. Die Masten werden übrigens nicht nur die 380kV-Leitungen tragen, sondern auch 110kV-Leitungen; „zur Erweiterung der Netze“, wie im UVP-Bescheid zu lesen ist.



Voestalpine: Gute Auslastung bei Schienenproduktion, bei Ölrohren müssen aber 78 Arbeiter gehen.
Foto: VOESTALPINE

GEKÜNDIGT 78 Arbeiter abgebaut

In Kindberg müssen 78 Menschen im Jänner einen neuen Job suchen. Voestalpine Tubulars will Ersatzarbeitsplätze in anderen Werken anbieten.

Die Arbeiter sind heutzutage vollends zum Spielball von Finanzinvestoren geworden“, sagte der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder den bevorstehenden Kündigungen von 78 Arbeitern beim Nahtlosrohrwalzwerk in Kindberg. Bei Voestalpine Tubulars argumentiert man mit einer Übersättigung an Ölfeldrohren, die in Kindberg erzeugt werden.

Der KPÖ-Politiker wies darauf hin, dass Voestalpine Tubulars nicht der einzige Betrieb in Kindberg ist, bei dem es Personalabbau gegeben hat, und verwies auf den Fall der Firma Schrack.

Abbau trotz Gewinn

Die Profite in der Stahlindustrie steigen an, Aktionäre freuen sich über hohe Dividenden, gleichzeitig setzt man in Kindberg Arbeiter auf die Straße. Man müsste jetzt bei der AK, dem ÖGB und auch bei der Landesregierung aktiv werden. Die steirische KPÖ steht jedenfalls auf der Seite der Arbeiter in Kindberg.

GRAZ WÄHLT AM 20. JÄNNER

KPÖ: Mit Herz und Verstand

Am 20. Jänner wählt Graz. Unter dem Motto „Helfen statt reden“ tritt die KPÖ als hilfreiche und nützliche Partei für die Menschen an.

Teures Wohnen, teures Heizen, teure Lebensmittel, miese Arbeitsverhältnisse – das Leben in Graz wird für immer mehr Menschen zum Problem. In diesem Spannungsfeld stellt sich die Grazer KPÖ schützend vor jene Menschen, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind.

Das Team um Wohnungsstadträtin Elke Kahr steht für „helfen statt reden“, für einen mit den Politikerbezügen gespeisten Sozialfonds, der Menschen in Schwierigkeiten zugute kommt. Die Grazer KPÖ stemmt sich gegen das Faustrecht der Kapitalstarken, kämpft für leistbares Wohnen, für mehr Gemeindewohnungen in der Stadt, für den Altstadtschutz, gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, kämpft vor allem dafür, dass auch jene leben können, denen es eben nicht so gut geht.

Bei der letzten Wahl im Jänner 2003 erreichte die KPÖ 20 % der Wählerstimmen.



Stadträtin Elke Kahr,
Spitzenkandidatin der
KPÖ in Graz



Der Druck auf Gemeinden, die öffentlichen Dienste (Wohnungen, Wasserversorgung, Müllabfuhr, Verkehrsbetriebe ...) an Privatkonzerne zu verschern, ist groß. Mit der KPÖ ist das aber nicht zu machen: Sie ist strikt gegen den Ausverkauf öffentlichen Gutes!

RÜCKERSATZPFLICHT FÜR HEIMBEWOHNER RUINIERT FAMILIEN IN Pflege – Armutsfalle für

Während steirische Pflegeheime beachtliche Gewinne schreiben, gibt es für Pflegefälle und ihre Angehörigen kein Erbarmen – ihre wirtschaftliche Existenz fällt immer öfter den Pflegekosten zum Opfer.

Zeit ihres Lebens ist Frau B. als Putzfrau tätig. Als sie in Pension geht, hat sie sich ihren Traum von den eigenen vier Wänden erfüllt und kann eine kleine Eigentumswohnung ihr Eigen nennen. Diese hat sie sich buchstäblich vom Munde abgespart.

In fünf Jahren Lebenswerk zerstört

Frau B. hat einen Sohn, der in Wien lebt. Immer wieder sagt sie stolz: „Ich als Putzfrau habe es geschafft! Wenn ich einmal nicht mehr bin, bekommt der Leo die Wohnung, damit er es einmal leichter hat als ich.“ Frau B. tut

sich zunehmend schwer mit der Haushaltsführung. Auch sieht sie immer schlechter. Also beschließt sie, ins Heim zu gehen. Da die Pension von Frau B. zur Deckung der Pflegekosten nicht ausreicht, greift das Sozialamt auf das Vermögen zurück und belastet ihre Wohnung. Binnen fünf Jahren ist die Wohnung futsch – und damit das Lebenswerk von Frau B. zerstört.

Doch nicht nur Vermögen und Einkommen der Heimbewohner/innen selbst kommen unter den Hammer. Sind deren Reserven erst einmal verbraucht, werden ihre Angehörigen – meistens die Kinder

– zur Kasse gebeten. Das ist nach dem steirischen Sozialhilfegesetz zulässig.

Die Steiermark ist anders

Denn in der Steiermark haften – im Gegensatz zu Wien, Oberösterreich oder Salzburg – auch die Kinder für Leistungen nach dem Sozialhilfegesetz, die ihre Eltern bezogen haben. **Ein konkretes Beispiel aus der Praxis:**

Frau M. befindet sich seit Mai 2006 in einem Pflegeheim in Graz. Sie bezieht eine Pension mit Ausgleichszulage und Pflegegeld der Stufe 4. Dieses Einkommen reicht nicht aus, um die Heimkosten abzudecken. Daher werden die Restkosten (rund 1.260 Euro) aus Sozialhilfemitteln übernommen – vorerst.

Im Juni dieses Jahres klopft

das Sozialamt beim Sohn von Frau M. an und fordert gleich einmal eine saftige Nachzahlung: 3.861 Euro werden für die Monate seit dem Einzug von Frau M. in das Heim fällig gestellt. Zusätzlich soll er ab sofort monatlich 297 Euro bezahlen. Berechnungsbasis ist sein Monatslohn von 1620 Euro. In Wien, aber auch in anderen Bundesländern (s.o.), würde eine eventuelle Differenz zwischen Pflegekosten und Einkommen von der Allgemeinheit getragen.

30 Jahre zurück

Doch für Herrn M. kommt es noch schlimmer:

Frau M. hat ihrem Sohn vor mehreren Jahren ein kleines Grundstück mit einem baufälligen kleinen Häuschen geschenkt. Dieses Häuschen wurde vom Sohn abgerissen und ein neues Haus gebaut, das er



Ein Altenpflegesystem, dessen Kosten die Existenz der Pfleglinge und sogar deren Kinder zerstört, bringt ganze Familien in Bedrängnis.

DER STEIERMARK

Familien

zur Gänze selbst finanziert hat. Vom Schätzwert dieses Hauses soll Herr M. jetzt zusätzlich einen jährlichen Zinssatz von 4 % ans Heim bezahlen. „Ich habe Vorschreibungen von insgesamt 650 Euro monatlich bekommen“, erzählt Herr M., der nicht mehr weiß, wie er solche Beträge bezahlen soll.

Der Hintergrund zu dieser neuen, verschärften Vorgehensweise ist folgender: Hat die Heimbewohnerin in den letzten 30 Jahren (!) Vermögen verschenkt und reicht ihr Vermögen bzw. Einkommen nicht aus, um die Heimkosten zur Gänze zu bezahlen, besteht für den Sozialhilfeträger die Möglichkeit, vom Geschenknehmer die gesetzlichen Zinsen vom Wert des Geschenkes zu fordern oder die Sozialhilfe zu verwehren, um den Bedürftigen selbst zur Durchsetzung seiner Ansprüche zu veranlassen.

Von dieser Möglichkeit wurde bis vor kurzem (2 bis 3 Jahre) von den Sozialhilfeträgern kein Gebrauch gemacht. Nun gibt es in der zuständigen Fachabteilung des Landes eine neue Leiterin, und diese hat eine Rechtsmitteilung an alle

BHS, Sozialhilfverbände und den Magistrat herausgegeben und diese aufgefordert, so vorzugehen.

Das Gefühl, zur Last zu fallen

Herr M., der seine Mutter regelmäßig besucht, hat ihr nicht erzählt, dass das Sozialamt jetzt auch ihn kräftig zur Kasse bittet, „um sie nicht unnötig zu belasten“, sagt er, und spricht damit an, was viele Betroffene bereits am eigenen Leib erfahren haben: Durch diese unbarmherzige Vorgehensweise werden nicht nur Existenzen zerstört, sondern auch innerfamiliäre Beziehungen extrem belastet. Zur Hilflosigkeit der pflegebedürftigen Eltern gesellt sich das Gefühl, den eigenen Kindern zur Last zu fallen. Anstatt ihren Kindern eine Starthilfe fürs Leben geben zu können, müssen sie nun zusehen, wie nicht nur ihr eigenes Lebenswerk binnen kürzester Zeit vernichtet, sondern auch die Existenzen ihrer Kinder bedroht werden.

Vertraglich garantiert ist bei diesem System nur eins: der Gewinn der privaten Pflegeheime.

Die andere Art der Erbschaftssteuer

Ein Platz in einem Seniorenpflegeheim wird immer teurer. Kaum eine Pension reicht aus, um die hohen Kosten zu bezahlen. So wird auch das Vermögen eines der Gepflegten herangezogen, um das Heim zu finanzieren. Das bedeutet mitunter den Verlust des schwer erarbeiteten Eigenheims oder des mühsam ersparten Notgroschens.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher schildert die Nöte dieser Menschen: „Viele Betroffene empfinden dies

als Zerstörung ihres gesamten Lebenswerkes. Es erfüllt sie mit Bitternis, ihren Kindern nichts mehr vererben zu können.“

Nächstes Jahr wird die Erbschaftssteuer abgeschafft. Ein Geschenk der Regierung an die Besitzer großer Vermögen. „Für die breite Masse jedoch wird durch die Kostenexplosion im Pflegebereich und die Heranziehung des Vermögens der Pfinglinge eine andere Art von Erbschaftssteuer durch die Hintertür wieder eingeführt“, gibt Pacher zu bedenken.

KOMMENTAR

Schluss mit der Geschäftemacherei!

Von KPÖ-LABg. RENATE PACHER



„Wir sind in einem Markt, wo wir uns keine Sorgen ums Geschäft machen müssen. Das Volumen ist enorm und es wird weiter wachsen“, sagt Gerhard Moser, Chef der privaten Kräutergarten-Gruppe, die auch in der Steiermark mehrere Seniorenpflegeheime betreibt. Und er hat leider Recht. Nicht umsonst drängen immer mehr Privatunternehmer in die Alten- und Pflegebetreuung.

Die Steiermark hat hier österreichweit eine unheilvolle Vorreiterrolle. Von den derzeit 198 steirischen Pflegeheimen sind nur mehr 40 in öffentlich-gemeinnütziger Hand, 43 werden von privat-gemeinnützigen Institutionen betrieben und 115 von privat-gewinnorientierten. Und das hat seine Auswirkungen:

Die Heimkosten explodieren, Einbettzimmerzuschläge werden eingeführt, es gibt zu wenig Personal in den Heimen und die im privat-gewinnorientierten Bereich Beschäftigten werden mit einem schlechteren Kollektivvertrag abgespeist.

Das entspricht der inneren

Logik dieser Betriebe. Hier ist der Gewinn das oberste Ziel. Die Anstellung von mehr Personal oder ein besserer Kollektivvertrag, das geht auf Kosten des Profites und wird daher nicht umgesetzt.

In anderen Bundesländern wird per Gesetz deutlich mehr Personal vorgeschrieben als in der Steiermark. Hinzu kommt noch, dass in der Steiermark der ohnehin geringe Personalschlüssel um bis zu 10 % unterschritten werden darf.

Es ist gar nicht so lange her, da ließen Meldungen über skandalöse Zustände in steirischen Pflegeeinrichtungen aufhorchen.

Für uns ist völlig klar: Profitmacherei hat im Pflegebereich nichts verloren. Das ist das oberste Prinzip. Die Steiermark braucht dringend ein Konzept, damit diese privaten, gewinnorientierten Heimbetreiber wieder zurückgedrängt werden.

Es darf nicht sein, dass sich private Heimbetreiber am Rücken des Personals und auf Kosten der alten Menschen eine goldene Nase verdienen.

KPÖ-LABg. Renate Pacher



Sparen beim Pflegepersonal steigert den Profit privater Pflegeheime.

TROTZ RIESEN-TEUERUNG: AUCH BEI MINDESTPENSIONEN Keine 20 Euro Pensionserhöhung!

2,9 % mehr Pension für Mindestpensionisten. Ein Meilenstein? Wohl nicht, denn die Kosten für das nackte Überleben explodieren.

eine prozentuelle Pensionserhöhung, welche die wirkliche Teuerung abgilt, ein. Jeder Pensionist muß dabei einen Sockelbetrag von mindestens 40 Euro netto bekommen.

Alt regiert, Jung verliert?

Trotz der geringen Erhöhung für 2008 setzte ein beispielloses Gezeter über das jüngste Pensionsalmosen ein. In den Medien werden einseitige Schlagzeilen produziert: „Alt regiert, Jung verliert“ und ähnlich lauten die Überschriften.

Unter den angeblichen Experten, die den Menschen weismachen wollen, dass es für die Pensionen nur eine Richtung, nämlich nach unten, gebe, tauchen immer wieder dieselben Namen auf: Marin, Tomandl, Rürup, Feldecker, Marhold. Sie haben zweierlei gemeinsam: sie stehen auf der Seite des Kapitals und sie haben Spitzeneinkommen und werden später einmal eine „Bombenpension“ beziehen. Der jungen Generation wird vorgelogen, sie müsse die

Lasten heute und in Zukunft tragen. Das sei ein Bruch des „Generationenvertrages“. Dieser ungeschriebene Vertrag bedeutet aber nichts anderes als folgendes: die heute im Arbeitsprozeß stehende Generation finanziert die ältere Generation.

Die wahre Belastung

Diese soziale Selbstverständlichkeit wurde längst aufgehoben. Aufgehoben aus Gründen einer der Kapitalverwertung dienenden, sogenannten „Eigenvorsorge“. Statt das staatliche Umlageverfahren mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten, werden Steuermittel in die private Vorsorge umgeleitet und zukünftige Pensionistinnen und Pensionisten in die private Vorsorge getrieben, in ein System, das vom Wohl und Wehe der Finanzmärkte abhängt und damit extrem unsicher ist. Das ist die wahre Belastung der jüngeren Generationen. Die Spaltung der Gesellschaft verläuft nicht zwischen Alt und Jung, sondern zwischen Arm und Reich. Seit Jahren sinkt der

Nach einer gemeinsamen Protestaktion aller Pensionistenverbände werden die Pensionen um brutto zwei bis 2,9 Prozent angehoben. Davon bleiben nach Abzug von Lohnsteuer und erhöhtem Krankenkassenbeitrag weniger als 20 Euro netto im Monat. Seit mehr als zehn Jahren sind die Pensionen real faktisch gleich geblieben bzw. gesunken! Die Berechnungsmethode für die Pensionshöhe wurde massiv verschlechtert und das Antrittsalter nach oben „reformiert“. Franz Strephan Parteder, Vorsitzender der KPÖ-Steiermark: „Vor allem für die Bezieher kleiner Pensionen ist diese Pensionserhöhung viel zu gering. Die Preisexplosion bei Grundnahrungsmitteln, bei den Wohnkosten und bei der Energie trifft sie besonders hart!“

Die steirische KPÖ tritt für

WAHL BEI MAGNA.

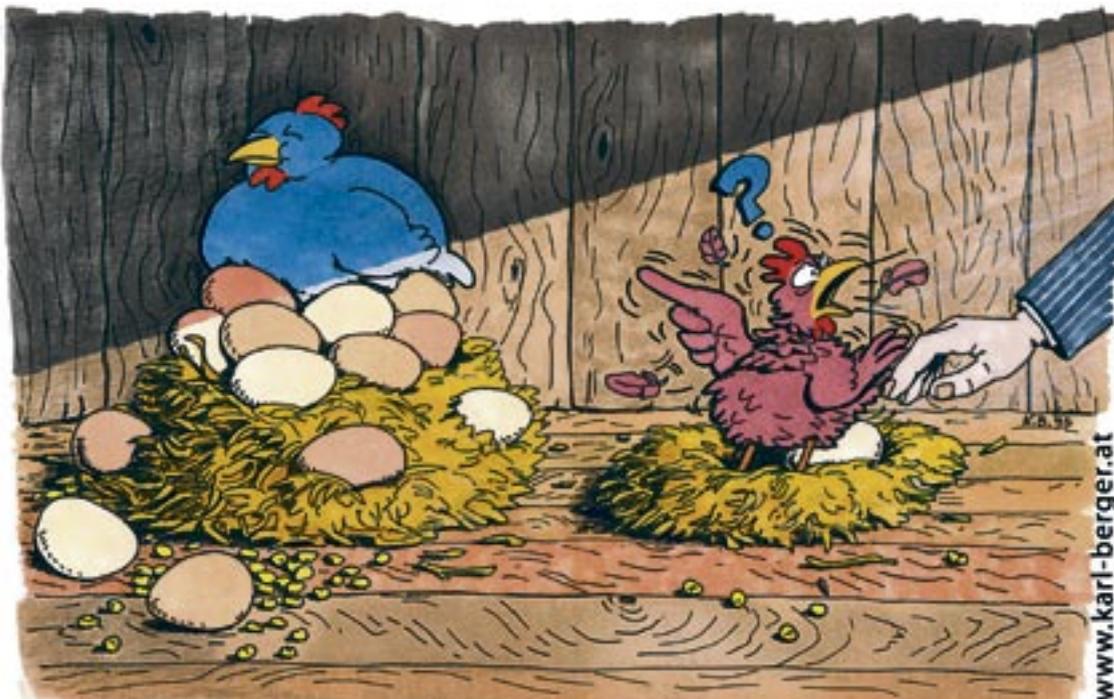
Stimmengewinn

Bei den Arbeiterbetriebsratswahlen im Magna-Steierwerk in Graz konnte der KPÖ-nahe Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) mit Listenführer **Peter Scherz** und Betriebsrätin **Hilde Tragler** Stimmen gewinnen und die beiden Mandate souverän verteidigen. Durch dieses Ergebnis ist Peter Scherz auch als steirischer Arbeiterkammerrat gestärkt worden.

Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit zugunsten der Einkommen aus Besitz und Vermögen.

Der Ausweg

Wie schaut ein fortschrittlicher Ausweg aus? Der Staat ist in die Pflicht zu nehmen, sein Drittel zur Finanzierung der Pensionen beizutragen. Statt 33 Prozent, wie bei Gründung des ASVG-Systems vereinbart, zahlt der Staat heute kaum mehr als 20 Prozent in das System ein! Die Steuern müssen dort eingehoben werden, wo das Geld zu holen ist: bei den Konzern-, Bank- und Versicherungsprofiten. Diese Problemlösung passt natürlich dem Kapital und seinen „Pensionsexperten“ par tout nicht!



Schrumpfende Einkommen müssen steigende Sozialkosten finanzieren. Profite bleiben unangetastet.

ZVP
Zentralverband
der Pensionisten

SPRECHTAGE

Mo. bis Fr. von
10 bis 14 Uhr
Lagergasse 98a, Graz
☎ 0316/71 24 80
Vor Anmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- andere Probleme

E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

NEUTRALITÄT ADE?

Kampfeinsatz: Sterben für die EU?

Erstmals werden österreichische Soldaten in den Tschad zu einem Kriegeinsatz geschickt. Ein ordentlicher Dämpfer für die Neutralität.

aktuell gefährlichsten Pflaster der Welt. In der westlichsten Provinz des Sudan namens Darfur ist seit 2003 Bürgerkrieg, der bis in den Tschad reicht. 400.000 Menschen sind dorthin geflüchtet. Im Tschad selbst kämpft der moslemische Norden gegen den christlich orientierten Süden. Überall gibt es Rebellen, Privatarmeen von Stammesfürsten, Schmugglerbanden, Kindersoldaten.

Eine globale Lösung dieser schlimmen Situation unter UNO-Mandat scheiterte bisher stets am Veto Chinas. So behilft sich die EU mit „Friedenstruppen“ in einem Pulverfass. Verteidigungsminister Norbert Darabos findet nichts bei dem „neutralen



Bruch der Neutralität: Kampfeinsatz für Europa in Afrika. BUNDESHEER

160 österreichische Soldaten werden in den Tschad geschickt, um dort als Teil einer 4000 Soldaten starken EU-Truppe Flüchtlinge vor Überfällen zu schützen. Dass es sich bei den Österreichern um Jagdkommando-Soldaten handelt, ist kein Zufall. Die Einheit gilt als die Elitetruppe des heimischen Heeres. Wunder ist es keines, dass man eher auf Rambo setzt denn auf Pioniere oder Sanitäter. Denn der Tschad gilt es eines der

und unparteiischen“ Einsatz in einem Land mit der höchsten Gefahrenstufe. Man braucht kein Prophet sein, um den Waffeneinsatz der Österreicher

vorauszusehen. Viele Offiziere des Bundesheeres stehen dem Einsatz aber kritisch gegenüber: Er ist ein offener Bruch der Neutralität.

JANKO MESSNER

Satirischer Poet mit Rückgrat

In seinen Büchern thematisiert Messner den Widerstand der Kärntner Slowenen gegen den Nationalsozialismus und die Behandlung der Minderheiten in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere die Nichterfü-

lung der im Österreichischen Staatsvertrag verbrieften Minderheitenrechte wie der zweisprachigen Ortstafeln.

2002 wurde Messner mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet, das er dem

Bundespräsidenten 2005 aus Protest wegen dessen Schweigens in Bezug auf den ORF in Wien retournierte, da dieser die



österreichweite Ausstrahlung seines Fernsehromans „Vrnitev“/Die Rückkehr sowie des Films „Artikel 7“ von Thomas Korschil und Eva Simmler immer wieder verweigerte.

Biografie

Geb. 1921 in Aich/Dob, Gymnasium in Klagenfurt, St. Paul im Lavanttal und Maribor; Studium der Slawistik in Ljubljana; Lehrtätigkeit am Gymnasium in Ravne (Slowenien) sowie 1963 bis 1981 im Bundesgymnasium für Slowenen in Klagenfurt, langjähriger Redakteur und Lektor der Zeitschrift „mladje“, Ehren-Obmann des Verbandes slowenischer Schriftsteller in Österreich, Janko Messner lebt in der Nähe von Klagenfurt.

Zwei Lager

Schaust du die Welt dir mal ganz genau an, zweierlei Bühnen siehst drauf – simultan: Die einen in Lumpen, die andren in Goldbrokat üben tagtäglich am Menschen Verrat. Jene verhungern, ohn' Arbeit und Lohn, diese verrecken am Fett wie zum Hohn.

Schaust du die Welt dir mal ganz genau an, zweierlei Bühnen siehst drauf – simultan: Jünger des Marx gibt es gute und schlechte, wenige aufrechte, zu viele Knechte. Arbeiter, ehrlich, für andere da; falsche Genossen, im Mund nur Bla-bla.

Schaust du die Welt dir mal ganz genau an, zweierlei Bühnen siehst drauf – simultan: Zweierlei Christen hat Gott uns erschaffen: Mutter Therasas – tartuffische Affen. Sündlose Arme, in Angst vor dem Höllentod; Sündenpfuhlscheiche und Prasser vor Gott.

Aus dem Gedichtband „Politična pesem – grda pesem. Politisch Lied – ein garstig Lied“ von Janko Messner, Drava Verlag, Klagenfurt 2007
Janko Messner, österreichischer Schriftsteller und Kärntner Slowene, schreibt in beiden Landessprachen und im Dialekt des südöstlichen Jauntales Prosa, Lyrik, dramatische Texte, Kritiken sowie kulturpolitische und literaturkritische Aufsätze; Übersetzungen ins Slowenische und aus dem Slowenischen.

Thalerhof: Ein KZ aus dem 1. Weltkrieg

Im Jahr 1914 wurde am Thalerhof von der K.u.K. Armee ein Zivilinternierungslager für zwangsevakuierete Menschen aus Galizien eingerichtet. In diesem frühen KZ, das von 1914 bis 1917 existierte, kamen mindestens 1676 Flüchtlinge um. Ihre Gebeine sind im Karner Feldkirchen untergebracht.

90 Jahre lang verschwiegen man die Existenz dieses Lagers. Die Erinnerungskultur ist in der „Stadt der Menschenrechte“ schwach ausgeprägt.

Deshalb ist es sehr positiv, dass – auch auf Initiative des pensionierten Majors Manfred Oswald – heuer das Bundesheer seine Gedenkfeier zum Tag der Menschenrechte in Feldkirchen beim Karner durchführt.

KPÖ-Bildungszentrum
im Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. 0316 / 22 59 31 –
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

BEZ. VOITSBERG

KPÖ



VOITSBERG
SPRECHSTUNDE
mit KPÖ-Labg.
Claudia Klimt-Weithaler
und DSA Karin Gruber
Di. 5. Feb. 2008

10.00 bis 12.00 Uhr,
KPÖ-Bezirksheim Voitsberg,
C.-v.-Hötzendorfstraße 29,
Tel. 03142 / 22421 oder
0316 / 877 51 01

Bürozeiten: jeden Mi: 18 bis 20 Uhr

ARBEIT GESUCHT

Maschinenschlosser (47) sucht Arbeit im Bereich Industrie als Instandhalter oder Maschinenwart in Weiz, Gleisdorf oder Graz-Ost. Keine Leiharbeit. Tel. (03178) 37 58

ERWACHSENEN-AUSBILDUNG

zum **Tischler oder Tischlerhelfer** in unseren Filialen **Trieben und Kapfenberg** für Personen mit Lernschwäche, sonderpädagogischem Förderbedarf oder körperlicher Behinderung. Voraussetzung: vollendetes 18. Lebensjahr. Schulungseinstieg jeweils am Monatsersten möglich. Nähere Informationen: **Team Styria** Werkstätten GmbH, Fritz Garina/DI Hammer Dietmar, Tel. (0316) 29 55 46 - 1094

ROTER FREITAG!
Diskussionen, Vorbereitung von Aktionen, Gemütliches Beisammensitzen.

JEDEN FREITAG • 18 UHR
KARL-DREWS-KLUB GRAZ
(Lagergasse 98a, rechts neben Volkshaus
Kontakt: graz@kpoe.at • 0676 / 789 71 91)

KjÖ
WWW.KJOE.AT

kinderland Steiermark
Winter-Erlebniswoche
in St. Radegund bei Graz
Für Kinder von 6-15 Jahren
18. - 23. Februar 2008 (6 Tage)
135,00€ inkl. Vollpension und An-/Abreise ab Graz

Info im Ferienbüro in Graz:
☎ 0316/ 829070
@ office@kinderland-steiermark.at
Ferienkatalog 2008
jetzt bestellen!

Die Semesterferien rücken rasch näher!
Skifahren oder nur zuhause abhängen ist nicht deins? Dann nutze die Gelegenheit und fahr mit Freunden in die Wintererlebniswoche!

Indoor:
Bastel- & Kreativworkshops
Märchenabend
Disco
Minispielshow
Spieleabend
und vieles mehr...

Outdoor:
Nachtrodeln*
Iglu und Schneemann bauen*
Schöckelexpedition
Geländespiel
Reiten (bei Schönwetter)
Abendspaziergang mit Fackeln
* bei genügend Schnee

www.kinderland-steiermark.at

Christian Masser & Monika Ruppig



Freitag 14. 12. 07, 20 Uhr, Volkshaus GRAZ
Tribute to Johnny Cash

Bluessänger und -gitarrist **Christian Masser** bringt ein Programm mit Songs ausschließlich aus dem Repertoire des großen Johnny Cash. Neben zahlreichen Hits („I walk the Line“, „Ring of Fire“) gibts auch viele weniger bekannte Nummern des „Man in Black“ zu hören.

Lesung mit
GERHARD BALLUCH:

Gedichte des Grazer Lehrers und Widerstandskämpfers **Richard-Zach**

Donnerstag, 17. Jänner 2008, 19.00 Uhr.
KPÖ Bildungszentrum, Lagergasse 98a.



Richard Zach wurde mit 24 Jahren hingerichtet

BUCHTIPP

„Der bewaffnete Freund“
- Roman von Raul Zelik,
Verlag Blumenbar



Das Buch von Raul Zelik, dem Autor von Romanen wie „Friß und stirb trotzdem“, „La Negra“ und „Bastard“, malt ein Bild von Europa und dem Wesen von Identität, Gewalt und Politik und erzählt mit Elementen des Kriminalromans von einer außergewöhnlichen Freundschaft. Schauplatz der Handlung ist das Baskenland.

Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Bestellung von Büchern und Broschüren:
KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. 0316 / 22 59 31 – <http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

KPÖ
bildungsverein

Wege aus der Abfallwirtschaft
Recherchen zur Abfallwirtschaft
in Auftrag der Landesregierung für Steiermark

KARL MARX
VON DR. RICHARD ZACH

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Problemzone EU

Irgendwann muss die Bevölkerung (außer den wenigen, denen es jetzt blendend geht) doch einsehen, dass es so nicht weitergehen kann!

Meine ganze Familie war gegen den EU-Beitritt, und in den letzten Jahren hat sich für uns auch deutlich gezeigt, dass wir damals richtig vermuteten. Die EU kostete meine Eltern ihre Existenz. Sie waren Vollerwerbsbauern in der Obersteiermark.

Nahezu alle Kleinbauern kapitulierten vor den hohen Kosten, den „unerfüllbaren“ Auflagen der EU und den äußerst niedrigen Gewinnen. Der Weg wurde freigemacht für Riesenkonzerne mit Massentierhaltung, denen es nur um den Profit geht.

Dann kam der Euro und damit enorme Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Dienstleistungen. Doch dank der superbilligen Elektrogeräte (die man ja wirklich jeden Tag kauft) wird anscheinend die Inflationsrate so niedrig gehalten, dass unsere Löhne kaum steigen.

Warum muss man in unserem Land für alles was man kauft oder macht doppelt und dreifach Steuern bezahlen? Ich weiß nicht, welche Horrorsummen an Steuern täglich in die Regierungskasse strömen, aber die Summe muss unvorstellbar hoch sein. Trotzdem wird in der Regierung gejammert und bei den Ärmsten immer wieder mehr gespart. Wo kommt dieses viele Geld bitteschön hin?

Und wenn bei uns nichts mehr zu holen ist, kann man ja noch unser Wasser verkaufen. Gehört uns denn gar nichts mehr? Dürfen wir überhaupt noch atmen oder in die Sonne gehen, ohne dafür Steuern zahlen zu müssen?

Hier muss sich dringend etwas ändern! (Und damit meine ich nicht die Erhöhung des Kindergeldes um ein Prozent).

Wenn es der gesamten Bevölkerung besser geht, verschwinden auch einzelne Probleme, wie zum Beispiel die Spielsucht, die Spielsucht aus der Armut der Menschen entsteht.

Der erste Schritt wäre eine Volksabstimmung über den Austritt aus der EU damit wir unsere Gesetze endlich wieder selbst beschließen können! Die Steuern müssen dringend gesenkt werden und die Löhne müssen gleichmäßiger verteilt werden – nicht nur unter uns kleinen Arbeitern und Angestellten! Ich bin sicher, unsere Wirtschaft, mit Gewinnen in Milliardenhöhe, verkraftet das!

F. E. aus Bruck/Mur

Ja nicht arbeitslos

Alles das, was ihr über die Schikanen des AMS gegenüber „Unbotmäßigen“ (nicht „Faulen“ bzw. Arbeitsunwilligen – das sind wir zum allergrößten Teil zumindest nicht!) geschrieben habt, ist absolut richtig und einem sogenannten „demokratischen Rechtsstaat“ wie Österreich zu sein behauptet mehr als unwürdig!!

Bitte habt auch weiterhin ein „Ohr“ für die mehr als berechtigten Anliegen von uns unfreiwillig!! arbeitslos Gewordenen!

W. Lambrecht, Verein AMSEL

Kaminholz

Trockenes Holz, BUCHE oder EICHE, ofenfertig in sauber gelegter Kiste: 25cm - 33cm - 50cm, frei Haus, mit Kran oder Hubwagerl abgeladen, auch händische Einlagerung möglich, ab Euro 60,-/RM.

Info unter Tel. 0650 / 53 32 203 oder www.kaminholz-frei-haus.com

ORF zwingt zum Ankauf neuer Satelliten-Empfangssysteme Acht Jahre alte Receiver zum Müll?

Wir haben es geschafft! Nach monatelanger Aufregung sind wir endlich – um einige Euro erleichtert – im digitalen DVB-T-Box-schwangeren Zeitalter gelandet. Das Bild ist gestochen scharf, ja, sogar fast so scharf wie vorher...

Jetzt heißt es nur noch: Nach dem Chips-Packerl greifen, Füße hochlagern, zurücklehnen und sorgenfreies Fernsehen genießen. Schließlich sind wir jetzt alle auf dem neuesten Stand der Technik. Doch schon naht die nächste Hiobsbotschaft. Diesmal betrifft sie Satelliten-Fernsehkunden. Zahlreichen ORF-Kunden, die die österreichischen Programme via Satellit empfangen, ist nämlich dieser Tage ein Brief ins Haus geflattert. Darin wird mitgeteilt, dass der Empfang der ORF-Programme

mittels des seit 2000 in Betrieb befindlichen Betacrypt-Systems nun bald eingestellt werde, denn dieses habe „jetzt seine maximale technische Lebensdauer erreicht“. Im Klartext heißt das: in den nächsten Monaten müssen für teures Geld neue Receiver und neue ORF-DIGITAL-SAT-Karten angeschafft werden, die das System Cryptoworks unterstützen. Das alte System wird schrittweise deaktiviert, wodurch sämtliche „alten“ Satellitenreceiver nebst der „alten“ Smartcard wertlos werden.

Wer Fragen hat, kann gerne die im Schreiben angegebene Info-Hotline anrufen, tut aber gut daran, wenn er auch hier gleich einmal vorsorglich das Gelbbörserl zückt: Der Anruf kostet nämlich 20 Cent pro Minute!



TIERECKE



Katze (Ella) sucht dringend ein zu Hause: Junge Katze, krank und halb-verhungert aufgefunden, wurde gesund gepflegt, braucht dringend einen Platz, sehr lieb und und zutraulich. Anfragen unter: KPÖ-Knittel-feld: 03512/ 8 2240, abends: 03512/40753

Steirische Volksstimme

Impressum: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Tel. 71 24 79, Fax 71 62 91 email: volksstimme@kpoe-steiermark.at DVR: 0600008



newsletter



Bitte anfordern unter www.kpoe-steiermark.at oder E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at

Bez Murau



MURAU

Sprechstunde mit Sozialberatung mit KPÖ-Labg. Renate Pacher und DSA Karin Gruber

Do. 13. Dez. 07

14.00 bis 16.00 Uhr,
Hotel zum Brauhaus
Raffaltplatz 17, Murau
Vorankmeldungen:
03512 / 822 40 oder
0316 / 877 51 01

Sie verkaufen die Leute für blöd!

Bereits mehr als 20 demokratische österreichische Organisationen (von attac bis Volksgesetzgebung jetzt!) fordern die Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon. Noch ist es nicht zu spät.

Darüber wollen SPÖ, ÖVP und leider auch Grüne wie Voggenhuber und Van der Bellen in der Öffentlichkeit nicht reden. Sie ziehen den Beschluss über den Vertrag ohne Volksabstimmung durch.

Dagegen regt sich Widerstand. Nach der KPÖ haben sich auch EU-Abgeordneter Hans Peter Martin, die Kronen Zeitung und über 21 Organisationen mit der Forderung nach einer Volksabstimmung zu Wort gemeldet.

Nehmen Regierung und Parteien auf diese Forderung Rücksicht? Nein. Bundeskanzler Gusenbauer hat im Gegenteil angekündigt, dass das Parlament den Vertrag im Eilzugstempo ratifizieren will. Christian Rainer, Herausgeber des Magazins Profil, zu dieser Vorgangsweise: „Ich denke, in einem zivilisierten Land wie Österreich wiegt der Schaden an der Demokratie ziemlich schwer.“

Deshalb fordern mehr als 20 überparteiliche Organisationen aus den Friedens-,

Antiatom-, globalisierungskritischen, Demokratie-, Datenschutz- und Gewerkschafts-Bewegungen eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag. Sie haben sich in der Plattform www.volxabstimmung.at zusammengeschlossen.

Die Plattform Volxabstimmung ist überparteilich und fordert alle Parteien auf, die Demokratiebestimmungen ihrer Parteiprogramme umzusetzen. Gleichzeitig grenzt sich die Plattform deutlich ab gegenüber Parteien und Organisationen, die die Forderung nach einer Volksabstimmung mit ausländerfeindlichen und nationalistischen Motiven vermengen.



Noch ist es nicht zu spät! Unterschreiben Sie für die Volksabstimmung. Zeigen Sie, dass Sie mit diesem Drüberfahren über die Bevölkerung nicht einverstanden sind!

Und die Stimme für die KPÖ-Elke Kahr bei der Gemeinderatswahl am 20. Jänner ist auch eine Stimme für die Neutralität und gegen den Aufrüstungskurs der EU.



PLATTFORM **Volxabstimmung** über den EU-„Reform“ Vertrag

www.volxabstimmung.at

Der EU-Verfassungsvertrag, der die Grundordnung und Politikbereiche der EU regeln will, ist aufgrund ablehnender Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden

gescheitert. Stattdessen sollen nun dieselben Inhalte des EU-Verfassungsvertrags in die bestehenden Verträge der EU eingearbeitet werden (dh. in den bestehenden EU-Vertrag und in

den bestehenden EG-Vertrag, der künftig umbenannt werden soll in: Vertrag über die Arbeitsweise der EU). Der EU-Reformvertrag wirkt sich auf viele Lebensbereiche der Österreiche-

rinnen und Österreicher aus. Es gibt daher keinen Grund, die Betroffenen nicht selber über den EU-Reformvertrag entscheiden zu lassen.

Ich fordere eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag in Österreich

Name	Adresse	Datum	Unterschrift



Wenn der Steinbruch kommt, wird es vorbei sein mit der Ruhe und Beschaulichkeit im Lutschinggraben in der Obersteiermark.



KPÖ-Sprecher Perteneder: „Es ist zu befürchten, dass die Anrainer mehr als 70 schwere LKWs täglich ertragen müssen“

STEINBRUCH BRINGT LÄRM, VERKEHR, SCHLECHTE LUFT

LKWs im 10-Minuten-Takt

Wird der geplante Porphy-Steinbruch in Tragöß Realität, werden bald 70 zusätzliche Lkw täglich die L111 befahren. Für die Politiker der Anrainergemeinden trotzdem kein Grund, die Bevölkerung darüber rechtzeitig zu informieren.

Porphyr ist ein begehrter Baustoff und wird unter anderem für Fußböden, Küchenplatten und Edelsplitt verwendet. Das von der Grazer Firma Granit beantragte Bewilligungsverfahren für den Porphyraubau in Tragöß an der Grenze zu St. Katharein an der Laming ist in der Endphase.

Der Abbau des Gesteins ist auf dem Grundstück des Tragösser Bürgermeisters Maunz geplant. Diese Tatsache und eine zweitägige Einladung der Gemeinderatsmitglieder nach Südtirol durch die Firma Granit haben den einstimmigen Gemeinderatsbeschluss zugunsten des Steinbruchs wohl begünstigt – neben den zu erwartenden Arbeitsplätzen und Gemeindeeinnahmen aus Ablösen und Kommunalsteuer.

Für St. Katharein an der

Laming sind solche Vorteile nicht zu erwarten. Umso mehr erstaunt ein Schreiben der Gemeinde an die Firma Granit GmbH aus dem Jahr 2005, in welchem sie erklärt, „dass die Gemeinde sich mit dem von Ihnen in Aussicht genommenen Schotterabbau ausdrücklich für einverstanden erklärt und darauf verzichtet, in den bezughabenden Genehmigungsverfahren Einwendungen welcher Art auch immer zu erheben.“

Straßenblockade?

In der Öffentlichkeit wird der Sachverhalt freilich ganz anders dargestellt. „Seitens der Bevölkerung sind extreme Widerstände zu erwarten“, heißt es etwa in der St.-Kathareiner Gemeindezeitung vom Juni dieses Jahres. Gegenüber der „Kleinen Zeitung“ gab

sich Bürgermeister Hubert Zinner besonders kämpferisch und drohte sogar mit einer Straßenblockade durch die Bevölkerung.

Die einzige Anrainerin des geplanten Steinbruchs, Frau Maria Kuhnes, ist Hauptleidtragende der Auswirkungen des künftigen Porphyraubaus vor ihrer Haustüre. Immer wieder hat sie auch auf zahlreiche Ungereimtheiten in der Vorgeschichte hingewiesen. So gehörte das von Bürgermeister Maunz erst im Vorjahr erworbene und als Zufahrt gedachte Grundstück einst ihr. Mit ihrem Einspruch kämpft Frau Kuhnes gegen Windmühlen. Man hat ihr geraten, sich besser mit der Firma Granit „zu arrangieren“, anstatt den geplanten Steinbruch zu beanspruchen.

Pro Jahr sollen 150.000 Tonnen Gestein verarbeitet werden. 35 LKW-Transporte täglich sollen das Material nach St. Marein im Mürztal zur weiteren Verarbeitung bringen. Für die Bevölkerung an

der L111 bringt der geplante Steinbruch ein höheres Verkehrsaufkommen, schlechtere Luft und ein Vielfaches an Lärm.

Clemens Perteneder, Sprecher der KPÖ-Bezirksorganisation Bruck/Mur-Kapfenberg, zeigt sich verärgert. „Wir machen uns vor allem Sorgen um die Leute in Arndorf sowie den Brucker Stadtteil Berndorf. Es ist zu befürchten, dass die Anrainer mehr als 70 schwere LKWs täglich ertragen müssen, die im Abstand von weniger als 10 Minuten durch die Siedlungsgebiete fahren werden.“

Auf seine diesbezügliche Anfrage bei Stadtamts- und Baudirektion erhielt er nur die lapidare Antwort, dass es sich bei der betroffenen Straße um eine Landesstraße handle. Da dürfe fahren, wer wolle. „Es wäre Aufgabe der Gemeinde, ihre Bürger zumindest über die bevorstehende Verkehrsbelastung zu informieren. Doch das fand diese wohl nicht der Mühe wert.“, so Perteneder.

Frage: Muss das sein?

Die Kapfenberger Altstadt verkümmert, zahlreiche Geschäftslokale stehen leer. „Alles was man braucht, kriegt man doch im ECE“, könnte man da sagen. Ja natürlich, da freut sich der Pensionist aus der Schinitz, wenn er im Winter zum ECE rauspilgern darf. Und ist man endlich in der Wiener Straße angelangt, wird man über die Straße gehetzt, damit der Durchzugsverkehr ja nicht zu lange warten muss. Die Ampeln sind so kurz geschaltet, dass es als junger Mensch schon schwierig ist, in der Grünphase die Straße zu queren. Leider oft gesehen: Pensionistinnen und Pensionisten, die verloren in der Straßenmitte stehen und warten müssen, bis die Ampel wieder grün schaltet.

Ist das „lebenswert“, liebe Stadtregierung? Die KPÖ Kapfenberg findet das keineswegs und fordert zum wiederholten Male, dass die Ampeln in der Wiener Straße länger geschaltet werden!



City-Nova: Was passiert?

Vor einiger Zeit war in diversen Regionalmedien und nun auch im Amtsblatt zu lesen, gibt es jetzt einen Versuch, das bisher recht traurige Kapitel „City-Nova“ einem besseren Ende zuzuführen. Um rund drei Millionen Euro soll der Gebäudekomplex zu einem modernen Bürozentrum umgebaut werden. Die Stadtgemeinde hat anscheinend schon die Zusage gegeben, mit einer Million Euro als sogenannter „stiller Teilhaber“ in das Projekt einzusteigen.

Für die KPÖ als kritische Kraft in Kapfenberg ist es zu begrüßen, wenn die Gemeinde in wirtschaftlichen Angelegenheiten verstärkt mitwirkt und dabei – abseits von neuen Massengebühren – neue Einkommensquellen erschließt und hoffentlich sichere und hochwertige Arbeitsplätze schafft. Ob dies tatsächlich der

Fall ist, können wir nicht klar sehen. Von entscheidender Bedeutung für das Projektes sind für uns unter anderem folgende Punkte:

- Welcher Anteil an zu erwartenden Gewinnen wird die Gemeinde erhalten?
- Ist die Gemeinde bloß Geldgeber, oder bekommt sie auch Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten?
- Was passiert beim Scheitern des Projektes mit den eingesetzten Geldern?
- Wie wird der Gemeinderat in die Entscheidungen eingebunden?

Nur bei einer Klärung dieser Fragen wird die KPÖ damit einverstanden sein. Denn Projekte – auch sinnvolle – gibt es viele. Letztlich kommt es darauf an, sie richtig umzusetzen! Zum Wohl der Kapfenbergerinnen und Kapfenberger.

KOMMENTAR

von Jakob
Matscheko

Zum Wohle des Profits

Wir leben in einer Welt, in der der Profit regiert. Das erkennen immer mehr Menschen in unserem Land. Zum Wohle des Profits wurde die verstaatlichte Industrie zerschlagen, wurden Tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichtet. Private, die sich eingekauft haben, machen das große Geld. Der Staat muss schauen, wo er bleibt.

Zum Wohle des Profits wird die Arbeitszeit verlängert, wird der Lehrlingsschutz ruiniert, werden die Pensionen real gekürzt. Zum Wohle des Profits wird unsere Neutralität mehr und mehr ausgehöhlt, wird unser Bundesheer in eine Angriffsarmee umfunktioniert, um im Ausland Kriege zu führen, damit zum Wohle des Profits fremde Länder ausgebeutet werden können. Man denke an das Erdöl im Irak.

Zum Wohle des Profits wird zirkonales Eigentum verscherbelt. Demokratische Mitsprache sowie der Besitz der Bevölkerung wird Stück für Stück abgebaut. Möglicherweise bin ich zu pessimistisch, aber ich fürchte den Tag, an dem Demokratie und Meinungsfreiheit zum Wohle des Profits geopfert werden!

KPÖ
KAPFENBERG



Sprechstunde
mit KPÖ-Labg.

Dr. Werner Murgg

Mittwoch, den 19. Dez.
2007, 13.30 Uhr,

Franz Bair Heim der
KPÖ Kapfenberg,
Feldgasse 8 (nähe ece)

Voranmeldung erforderlich!

Tel. 0676/61 32 771
und 03862/22417

Unsere Telefonnummern:

Tel u Fax 03862/22417
oder 0676/6132771

KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland, KJÖ,
Mieterschutzverband

Donnerstag 14.00 - 17.00 Uhr
Freitag von 9 - 13 Uhr und nach Vereinbarung

Zentralverband der Pensionisten:

Jeden 1. Donnerstag des Monats
von 14 bis 17 Uhr

Schreiben Sie uns!

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,
Fax 03862/22417
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

Bund Demokratischer Frauen

Jeden 2. Dienstag des Monats
von 15 bis 18 Uhr

Kommunistische Jugend

Österreichs –KJÖ

m@il: kjoe@kjoe.at

www.kjoe.at

Tel. 038 62/22 4 17



Die Brucker Messe dümpelt weiter

Die Brucker Messe dümpelt seit Jahren auf demselben, mikrigen Niveau vor sich hin. Man kann oder will dem Publikum nichts Neues präsentieren. Jährlich grüßt das Murmeltier: Es sind immer die gleichen Firmen, die gleichen „Aktionen“, ja sogar das gleiche Zelt. Man darf sich also über immer weniger Besucher nicht wundern. Obwohl: Laut Amtsblatt ist „alles, was in Bruck geschieht, super und erzielt Besucherrekorde“!

Damit bleibt nur die Hoffnung, dass das Konzept der Brucker Messe so verbessert wird, dass ihr Besuch wenigstens an einem dieser fünf Tage einen Wert hat. TOM

MULTIS AUF REKORDKURS

Was wird aus steirischen Ko

Voestalpine und Boehler-Uddeholm auf Expansionskurs – aber am wenigsten bei uns. Das meiste Geld wird im Ausland investiert, während hierzulande gekündigt wird.
VON HUBERT SCHMIEDBAUER

Böhler-Uddeholm will im laufenden Geschäftsjahr ein neues Rekordergebnis von 450 Mio Euro aus einem Umsatz von 3,5 Mrd. Euro vorlegen. Welche Hintergedanken Vorstandschef Claus Raidl hatte, als er im November die Offenlegung sämtlicher Vorstandsgehälter verlangte, ist Gegenstand von Spekulationen. Sicher ist, dass der Kurs des Gesamtkonzerns globale Expansion lautet.

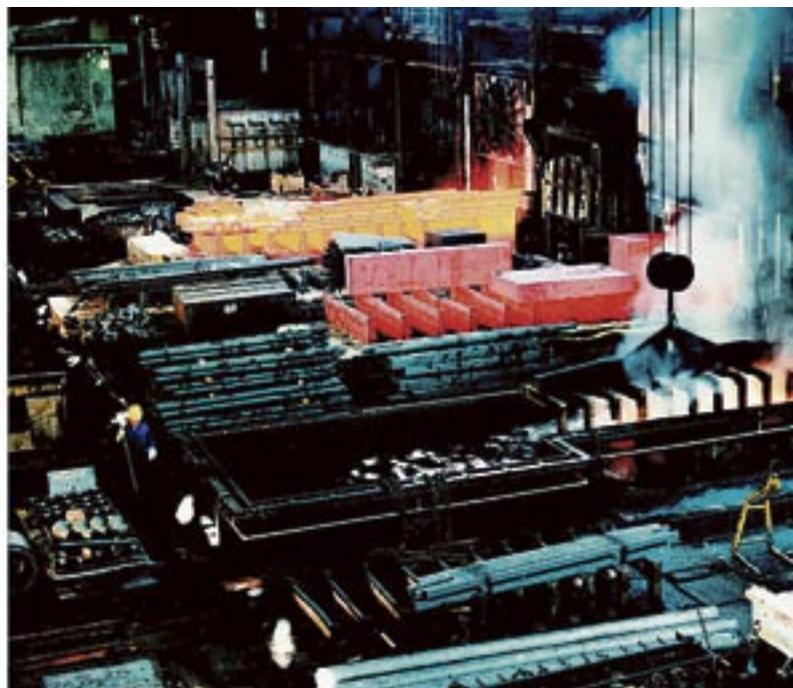
Der Voestalpine-Konzern meldet für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2007/2008 einen neuerlichen Rekord an Umsatz und Erträgen aller vier Divisio-

nen. Für die „neue“ fünfte Division Edelstahl fehlen noch die bilanztechnischen Zuweisungen. Der Böhler-Uddeholm-Vorstand berichtete, dass die Nachfrage im Bereich Schmiedetechnik große Investitionen erfordert, von denen ein Teil in Kapfenberg und ein Teil beim deutschen Tochterbetrieb Buderus landen soll. Genannt werden

300 Mio Euro für 2008 und 250 Mio Euro für 2009.

Welche personellen und strategischen Absichten der Linzer Vorstand hat und wie sich diese auf Böhler-Uddeholm und die Verwendung der Betriebsgewinne auswirken, hat seit der Privatisierung nichts mehr mit volkswirtschaftlichen Faktoren oder demokratischer Mitwirkung und Kontrolle zu tun.

Die Aufmerksamkeit des voestalpine-Vorstandes gilt zur Zeit der Expansion nach Südosteuropa und Südame-



TRAURIG, ABER WAHR

Kleine Geschichte über soziale Kälte

Eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern aus Kapfenberg kommt in die Sprechstunde der KPÖ und bittet um Hilfe. Sie hat bereits seit einem Monat keine Heizung. Mitten im Winter. Man fragt sich, wie es das gibt? Außer der Familienbeihilfe hat sie seit Jahren nur 144 Euro Alimente bekommen. Sonst nichts. An Sozialhilfe hat man ihr durchschnittlich monatlich um 200 Euro weniger ausbezahlt, als ihr zugestanden

hätte. Es ist kein Wunder, dass sie die Heizung nicht mehr bezahlen konnte.

Das Sozialhilfereferat der Bezirkshauptmannschaft Bruck verwehrt ihr sofort, den Heizkostenrückstand zu zahlen: „Da könnte ja dann jeder Mindestpensionist kommen“. Außerdem sei der Frau ohnehin immer die richtige Sozialhilfe ausbezahlt worden. Und man habe ja auch den Schikurs des Sohnes und

Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung
finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!
Telefonische Anfragen unter

**Tel: 0676/6132771
oder 03862/ 22 417**

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg
Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg, Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr
und Freitag von 9:00 bis 13:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

e-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at
www.kapfenberg.kpoe.at



in Stadt
+ Land

**kapfenberg
KPÖ**

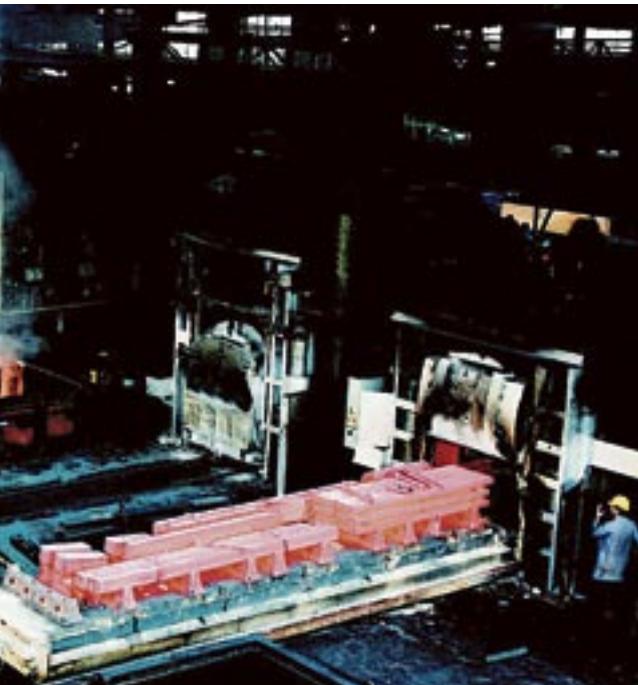
Konzernfilialen?

rika. Aus Brasilien bezieht der Konzern jährlich 1,5 Mio Tonnen Eisenerz. Zu den bisherigen zwei brasilianischen Unternehmen wurde kürzlich ein drittes übernommen.

Ein anderer Expansions-schritt führt ins rumänische Giurgiu, wo ein neues Stahl Service Center errichtet werden soll, da in der gesamten Schwarzmeerregion der Stahlbedarf von 23 auf über 50 Mio Tonnen steige. 300 Mio Euro machte der Konzern locker für die Errichtung neuer Werke in den USA und in Deutschland,

den Ausbau der Produktion in Tschechien, die Kapazitätsverdoppelung in Belgien sowie die Modernisierung des britischen Standortes der Division.

Das Programm für Krems umfasst vergleichsweise mikri-ge 70 Mio Euro. Der Ausblick für die Bahnsysteme ist noch weniger rosig, als Grund wird die Großreparatur beim Hochofen in Donawitz angeführt. Nicht näher erläutert ist die „Abschwächung des Booms bei Nahtlosrohren“ wie nun beim Personalabbau in Kind-berg ersichtlich..



Die Gewinne sprudeln, die Konzerne wie Böhler-Uddeholm gehen auf Expansionskurs. Vom vielen Geld bleibt allerdings wenig in Österreich und in der Steiermark.
Foto: Böhler

aus der Kapfenberger Realität

schon einmal einen Mietrückstand übernommen. Das müsse man jetzt gegengerechnen.

Nachdem wir eine Antrag auf Sozialhilfe mit dem gesetzlich geregelten Richtsatzanspruch gestellt hatten, wurde die Sozialhilfe – vermutlich erstmals – in richtiger Höhe ausbezahlt. Das Bürgerbüro konnte außerdem beim Sozialhilfeverband eine „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ herausschlagen. Dazu kam

noch eine Unterstützung der Caritas, Licht ins Dunkel und eine von KPÖ-Landtagsabgeordnetem Werner Murgg. Die Familie hat jetzt auch wieder Wärme in ihrer Wohnung.

Der „sozial“-demokratische Landesrat Kurt Flecker sagt gerne, dass bei der Sozialhilfe in der Steiermark eh alles stimme. Die Realität sieht leider ganz anders aus. Warum gibt es solche Zustände immer noch?

Clemens Perteneder

KOMMENTAR

Soziale Politik

von Clemens Perteneder



Von Umverteilung wird immer gerne, vor allem von jetzt Regierenden, gesprochen. Aber was passiert, wenn diese erst an der Macht sind? Da will man davon nichts mehr wissen.

In Bruck an der Mur, wo die „Sozial“-Demokraten schon lange am Werk sind, will man diese gleich gar nicht kennen. Armut oder schlechter gestellte Menschen gibt es gar nicht. So sieht es in den Köpfen der meisten Brucker Regierenden aus.

Daher hat man dort auch wenig über für Leute, die im Sozialamt um Unterstützung oder Hilfe in einer Notsituation vorseprechen. Diese Zustände gibt es auch in zahlreichen anderen Gemeinden.

Es ist sehr traurig und schandhaft, wenn ein Antrag auf Sozialhilfe oder auf Hilfe in besonderen Notlagen nur durch genaues Vorrechnen des Richtsatzes aus dem Steiermärkischen Sozialhilfegesetz funktioniert. Wenn wir schon in einer Gesellschaft leben müssen, wo es Sozialhilfe geben muss, so muss wenigstens dieses Mindestmaß an Zugeständnissen funktionieren. Niedermachen und Angstverbreitung ist hier fehl am Platz – soziale Politik sieht völlig anders aus.

In Kapfenberg macht man sich darüber wenigstens Gedanken. Passieren tut allerdings auch hier immer noch zu wenig.

Wir von der KPÖ fordern schon seit langem einen Pass, der allen Kleinverdienern das Leben leichter machen würde. Ein solcher Pass ist in Linz bereits seit vielen Jahren ebenso gut eingeführt wie in vielen steiri-

schen Städten. Dort können alle Menschen, die über ein kleines Einkommen verfügen, alle gemeindeeigenen Betriebe wie das Schwimmbad und andere Freizeitbetriebe, alle Kunst- und Kultureinrichtungen sowie die Verkehrsbetriebe zum Halbpri- oder kostenlos benutzen.

Wir haben entsprechende Unterlagen bereits vor rund acht Jahren an die SPÖ-Politiker übergeben. Nach vielen Jahren und zahlreichen Versprechungen steht in Kapfenberg nun die Einführung eines solchen Passes bevor.

Wie ich die Stadtgemeinde Kapfenberg kenne, macht man sich jedoch weniger Gedanken, wie man diesen Pass am Besten einführen könnte, sondern was ein solcher der gewinnorientierten Stadt an Geld wegnehmen würde. Wird sie ihre eigenen Betriebe, beispielweise die MVG, einbauen? Ich denke, wenn überhaupt, dann nur unzureichend und nicht für Einzelfahrscheinene, die am Dringendsten benötigt werden. Allzu oft wird öffentliches Gut zur Gänze der Marktwirtschaft unterworfen. Hier werden sie Leuten, die keinen Chauffeur oder Mercedes besitzen, doch keine Vergünstigung gewähren. Im Gegenteil: Ein Kontrollor holt dann noch das Geld, das sich diese Leute von ihrem Lebensmitteleinkauf wegsparen müssen. Wer auf Missstände hinweist, hört, dass es nicht anders geht.

Politiker sagen immer, sie können nicht anders. Ich sage: Wir brauchen eine andere Politik.

AKTIVPASS

Wir von der KPÖ fordern seit längerem die Einführung einer Aktivcard.

Mit einer solchen Karte können Menschen, die unter 900 Euro verdienen, Einrichtungen der Gemeinde, wie etwa Schwimmbad, Eisstadion, Sport- und Kulturveranstaltungen oder auch den öffentlichen Verkehr kostenlos oder stark ermäßigt benutzen.



Mehr Bücher für HTL Kapfenberg

Die ohnehin winzige Bibliothek der HTL Kapfenberg befindet sich in einem verwahten Zustand. Es verwundert nicht, dass sie schlecht besucht ist und von den Schülerinnen und Schülern kaum benutzt wird. Eine Stunde ist jede Woche nur offen, von einigen Lehrern wird sie sogar als Klassenraum benutzt.

Die Auswahl der Bücher ist spärlich, vieles total veraltet. Das Beste an Allgemeinbildung ist das wahrscheinlich noch nie geöffnete Werk „Das große Buch der Opern“. Wer moderne Literatur sucht, wird nicht fündig. Dieser Zustand ist darauf rückzuführen, dass es an Geld für die Allgemeinbildung an den Schulen fehlt. Das Beispiel der HTL Kapfenberg ist ziemlich sicher kein Einzelfall. Für Schul sponsoring und Sinnlosprojekte ist immer genug Geld da, aber nicht für sinnvolle Allgemeinbildung und Freizeitalternativen.

Wir lassen uns unsere Bildung nicht länger kaputt sparen! Die KJÖ fordert ein umfassendes, frei zugängliches Bildungsangebot an allen Schulen!

Ausgabe für den Bezirk Bruck/Mur – Kapfenberg

Supersheriff der MVG

Anstatt soziale Kompetenz an den Tag zu legen, setzt die MVG auf einen Supersheriff.

Anstatt gemeinsam mit der Stadtgemeinde Kapfenberg (dem Eigentümer der MVG) und damit gemeinsam mit jedem Kapfenberger und jeder Kapfenbergerin endlich, Gratisfahrtscheine für sozial Schwache (Lohnarbeitslose, Notstandshilfe- und Sozialhilfebezieherinnen) aufzulegen (für Behörden- oder Amtswege), zieht es die MVG-Direktion vor, einen selbsternannten Supersheriff (genannt „Kontrollorgan“) auf die Bevölkerung loszulassen. Der stellt mit sehr eigenartigen Methoden seine Daseinsberechtigung sowie Allmacht zur Schau. (Vielleicht bekommt er ja eine Provision.)

Unverständlich ist auch die Freude des Prokuristen

der MVG darüber, den Bus bis zum Eintreffen der Polizei zu sperren und somit sämtliche Insassen in Geiselhaft zu nehmen. Anscheinend benützt dieser Prokurist die öffentlichen Verkehrsmittel nicht oder er hat eine sehr lasche Termingestaltung.

Dieses Privileg besitzt jedoch nicht jeder Mensch und so weiß man nicht mehr, welcher Bus zu nehmen ist, wenn man einen Zugang in Bruck/Mur erreichen muss (der Supersheriff könnte ja unterwegs sein).

Kürzlich wurden ja die Kapazitäten der MVG ausgezeichnet. Sicher nicht für eine kundenfreundliche Fahrplangestaltung, welche die Einhaltung von Terminen anhand des Fahrplanes ohnehin ad absurdum führt!

Wir vermuten folgende Wertungskriterien: Schüler,

Mindestrentner, Ausländer und oben angeführte Gruppierung ohne Lobby dürfen bzw. sollen schikaniert werden.

*ALI-Kapfenberg
(Arbeitsloseninitiative)*

Mürzzuschlag

KPÖ



Mürzzuschlag

Sprechstunde mit KPÖ-Labg.

Dr. Werner Murgg

Mittwoch, den 19. Dez. 2007, 11.00 Uhr,

Im Heim der KPÖ Mürzzuschlag, Wienerstraße 148 (nähe Orthuber)

Voranmeldung erforderlich!

Tel. 0650/27 10 550 oder 03852/24 53

Rat & Hilfe – KPÖ

Warum Geld verschenken?

Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.

Freitag, 14. Dezember

Franz Bair Heim der KPÖ Kapfenberg,

Feldgasse 8

09.00 bis 12.00 Uhr

Anmeldung erforderlich!

letzte Möglichkeit für Veranlagungen 2002

**Tel: 0676/61 32 771
oder 03862/22 417**

in Stadt
 Land

bruck / kapfenberg
KPÖ

Gedruckt bei Kohlhuber Bürotechnik Kapfenberg - Altstadt

Arme Pensionisten

Zweifellos gibt es auch viele Pensionisten bei uns, die sich über ihre Pensionserhöhung freuen. Doch sieht man sich an, was Mindestpensionisten monatlich zusätzlich erhalten, dann kann einem die Freude auch im Halse stecken bleiben.

Aber es gibt trotzdem leider allzu viele Menschen, auf die jedes Jahr überhaupt vergessen wird. So etwa die Arbeitslosen, die Notstandshilfenbezieher, die Sozialhilfeempfänger, die Studenten und Stipendienbezieher. Deren „Kaufkraft“ ist der Politik egal. Sie bekommen Jahre lang das gleiche Geld ausbezahlt und so nebenbei auch permanent ein schlechtes Gewissen suggeriert, sie lebten ja auf Staatskosten. Bei den Meisten stimmt das nicht. Man traut es sich nur nicht auszusprechen, will man ja nicht Gefahr laufen, als „Sozialschmarotzer“ stigmatisiert zu werden. Dabei gehört auch diesen zumindest alljährlich die Inflation abgegolten. TOM

Mürzer Schandfleck Wallnerhaus

Nach zahlreichen Anfragen und Interventionen von PROMZ über 2 Jahre hindurch, hat nun unser neuer Bgm. DI. Rudischer in der letzten GR. Sitzung bekanntgegeben, dass ein bedruckter „Vorhang“ aus Netzvinyl die Strassenseite des Abbruch Hauses in



Zukunft abdecken soll. Wir begrüßen diese Maßnahme und sehen darin einen ersten kleinen Schritt endlich etwas für die Grazer Straße zu tun. Was uns dabei nicht gefällt, ist die Idee, dass die Gemeinde mit Steuermitteln, die dann vielleicht im sozialen Bereich fehlen könnten, die Hauptkosten für diese Maßnahme übernehmen will.

Nach Auskunft von Herrn Schwarzbeck von der Landes-Baubehörde hat nämlich

der Besitzer dafür zu sorgen, dass die Sicherheit inklusive Schneeräumung gewährleistet ist und das im öffentlichem Interesse stehende Ortsbild nicht beeinträchtigt wird.

Steiermärkisches Baugesetz 2004: Baupolizeiliche Maßnahmen § 39 Instandhaltung und Nutzung

(1) Der Eigentümer hat dafür zu sorgen, daß die baulichen Anlagen in einem der Baubewilligung, der Baufreistellungserklärung und den baurechtlichen

Vorschriften entsprechenden Zustand erhalten werden.

(3) Kommt der Eigentümer seinen Verpflichtungen nicht nach, hat ihm die Behörde die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen und die Behebung des der Bewilligung und den baurechtlichen Vorschriften widersprechenden Zustandes unter Festsetzung einer angemessenen Frist aufzutragen.

Da im Sinne einer schnellen Abwicklung dieser Maßnahme das Einvernehmen mit dem Besitzer der vernünftigste Weg ist, schlagen wir vor, dass die anfallenden Kosten vom Besitzer und dem Verein Stadtmarketing getragen werden sollen.

**GR Mag. Wilfried Ledolter
Liste Rosenblattl PROMZ**

Verkehrsproblem in Hönigsberg?

Eines der brennenden Probleme bei der Hönigsberger Bürgerversammlung war die Verkehrssituation, die speziell im Winter unzumutbar ist, so ist eine normale Schneebeseitigung durch parkende Autos nahezu unmöglich. Die Ursache liegen in den viel zu wenigen vorhandenen Park-

möglichkeiten. Bei der letzten Gemeinderatssitzung forderte GR Zink von proMz gemeinsame Maßnahmen von Gemeinde und SAG um Parkraum zu schaffen. In Mürzzuschlag konnten durch Schaffung von Parkflächen und die Errichtung von Garagen die Situation



einigermaßen entschärft werden- wann kommt Hönigsberg dran?

WARTBERG

Wohnhaus evakuiert



In Wartberg musste ein Mehrparteienhaus evakuiert werden, weil schwere Baumängel festgestellt wurden. Die 30 Bewohner des Hauses Volksheimstraße 4 mussten ihre Wohnungen verlassen, weil ihre Sicherheit gefährdet war - die meisten kamen bei Verwandten, Freunden oder im Pensionistenheim

Kindberg unter. Angeblich bestanden die Baumängel schon seit dem Bezug Anfang der 70er Jahre. Die Wohnbaugenossenschaft „Ennstaler“ die das Haus errichteten will nun die Wohnungen „zurückkaufen“. Fragt sich um welchen Preis? Was sind Wohnungen in einem Haus wert, das nicht bewohnbar ist? Fest steht, dass die verursachten Umstände und Probleme nicht auf den Rücken der Bewohner ausgegossen werden dürfen.

RECHT AUF TRANSPARENZ?



Wir von der Liste Rosenblattl PROMZ meinen, dass die Gemeindebevölkerung ein Recht hat, zu erfahren, was in den Gemeinderatssitzungen passiert. Dazu ist eine exakte Niederschrift notwendig, die erfordert, dass sich die gesprochenen Abläufe genau rekonstruieren lassen.

Um dies besser zu ermöglichen, haben wir die dringliche Anfrage eingebracht, ob in Zukunft eine elektronische Aufzeichnung möglich wäre.

Dies ist in vielen Gemeinden längst Standard und wir hoffen, dass auch bei uns die Mehrheitsfraktion positiv darauf reagieren wird. Interessant ist neben den Beschlüssen vor allen Dingen die Fragestunde, deren Inhalt in allen Gemeindezeitungen-, in unserer leider nicht mehr-, genau wiedergegeben wird.

Wer hat welche Fragen gestellt? Welche Antworten sind von wem gekommen?

Darüber hinaus haben schon einige Gemeinden (Trofaiach, Niklasdorf, Eisenerz,..) die Fragestunde auf die Besucher ausgedehnt, obwohl dies die Gemeindeordnung nicht vorsieht.

Dabei haben nicht nur, wie normalerweise üblich, die Gemeinderäte, sondern auch die anwesenden Bürger die Möglichkeit, zwei kurze Fragen an den Bürgermeister oder die Ausschussvorsitzenden zu richten.

Davon sind wir leider noch meilenweit entfernt, obwohl dies ein Anreiz für mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung wäre.

Da unserer Fraktion Transparenz und das Nachvollziehen können politischer Entscheidungen durch die Bürger, sehr wichtig ist, werden wir weiterhin mit allen Kräften dafür eintreten.

**GR Mag. Wilfried Ledolter
Liste Rosenblattl PROMZ**

QUELLSCHUTZKOMITEE FINDSNQUELLE

Für Baustopp und Wiederherstellung!

Das Quellschutzkomitee Finsnquelle kämpft für einen Baustopp und für die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes sowie die unter Schutzstellung der Quelle zum Naturdenkmal.

wir hoffen, dass trotz des gesetzeswidrigen Baubeginns die zuständige Behörde und Fachabteilung, den Verfah-

rensfehler eingesteht und der noch notwendige Bescheid negativ ausfällt. Bis jetzt hat sich die zuständige Behörde zu

BEHÖRDLICH VERORDNETES TÖTEN VON VOLLKOMMEN GESCHÜTZTEN ARTEN

Gesetzeswidriger Baubeginn vom Wasserverband Schöckl Alpenquell.

Da war noch alles in Ordnung:



Am 13.09. erfolgte folgender Hilferuf an Landesrat Wegscheider und Landesrat Seitinger:

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wir bitten um nochmalige Überprüfung einer eventuellen wasserrechtlichen Bewilligung der Finzenquelle Raabklamm. Jedenfalls würde bei einer Umsetzung dieses Projektes eine Zerstörung der ökologischen Funktionstüchtigkeit dieses Quelllebensraumes stattfinden.

Die mögliche Fassung der letzten ungedruckten Quelle im Naturschutzgebiet und Natura 2000 Gebiet Raabklamm trifft uns sehr!

Abgesehen von der Naturdenkmalwürdigkeit der Finzenquelle, widerspricht unserer Meinung nach der positive Naturschutz-Bescheid auf jedem Fall der Stmk. Artenschutzverordnung:

Eine Fassung der Quelle wird den Lebensraum für zumindest zwei gefährdete und gemäß Stmk. Artenschutzverordnung vollkommen geschützte Arten erheblich verschlechtern (Vernichtung bestehender Populationen ist zu befürchten)!

Der Naturschutzbund bittet Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, sich für

den Erhalt dieses wichtigen Quelllebensraums in der Raabklamm einzusetzen und eine, durch die Fassung der Quelle eintretende Verschlechterung nicht zuzulassen!



Und das Ergebnis am 29.11.2007

keiner Anweisung eines Baustopps gesetzlich verpflichtet gefühlt.

Es liegen zwei Anzeigen bei der Bezirkshauptmannschaft Weiz wegen Verstoß gegen die Naturschutzverordnung und wegen des illegalen Baubeginns vor.

Dem Komitee geht es nicht nur um die Erhaltung des Lebensraumes von zwei Quellschneckenarten, das allein ist schon Grund genug die Quelle unter Naturdenkmalschutz zu stellen. Kurzfristig geht es auch um ein Umdenken im Umgang mit Wasser und um die Verschwendung dieser Lebensgrundlage.

Die Aussage des Geschäftsführers des Wasserverbandes Schöckl Alpenquell, „Wenn die Herren einmal kein Wasser mehr aus dem Hahn haben, dann reden sie anders“, ist reine Polemik und Spiel mit der Angst. Das trägt nicht zu einer vernünftigen sachlichen Auseinandersetzung bei.

Das Quellschutzkomitee weist diese Polemik auf das Schärfste zurück. Wenn es wirklich um einen Wassernotstand geht, dann wird sich das Komitee selbstverständlich und mit Nachdruck für die Trinkwasserversorgung der betroffenen Gemeinden einsetzen.

Auch die Aussage, dass es um eine Notversorgung und Versorgungssicherheit geht und das es keine wirtschaftlichen vertretbaren Alternativen gegeben hat, ist falsch. Die betroffenen Gemeinden könnten jederzeit in den Wasserversorgungsplan Steiermark (Grazer Stadtwerke liefert in Zukunft 100 l/s für die Versorgung der Oststeiermark). Im Bedarfsfall kann auch auf das Wasser vom Hochschwab nach Graz zurückgegriffen werden.

Auch bestünde die Möglichkeit das die Gemeinden gesetzlich die Errichtung von Regenwassersammelanlage vorschreiben. Dieses Wasser kann sehr komfortabel für

die Toilettenspülung, für die Waschmaschine (50% weniger Waschmittelsatz notwendig) und für das Garten gießen und Auto waschen verwendet werden.

Es geht darum, dass sich einige Herren mit dem Verkauf der Quelle eine goldene Nase „verdienen“. Früher lag der Preis für Karstquellwasser bei 70.000,-€ pro l/sec. 10 l/sec sind für die Wasserentnahme geplant!

Das Quellschutzkomitee zur Rettung der Finsnquelle in der Raabklamm, ruft die Bevölkerung zur Unterstützung mit ihrer Unterschrift zur Erhaltung dieses einzigartigen Lebensraums in der Raabklamm auf!

Die groben Verfahrensmängel beim Genehmigungsverfahren lassen uns umso stärker für den Schutz und Erhalt unserer Lebensgrundlagen eintreten.

Derzeit wird eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft und an die Eu-Kommission wegen schwerwiegenden Verstoß gegen die Natura 2000/Habitatsrichtlinie vorbereitet.

Die Umweltanwältin wird nochmals schriftlich aufgefordert beim zuständigen Strafreferenten der BH Weiz, einen sofortigen Baustopp zu fordern.

Die Unterschriftenaktion beinhaltet auch die Forderung nach einer Parteienstellung der Umweltschutzorganisationen bei Umwelt-Verfahren, was derzeit nicht umgesetzt ist.

Bitte unterstützen Sie dieses Anliegen und unseren Kampf zur Rettung der letzten Quelle in der Raabklamm!

*Ing. Wolfgang Feigl
(Sprecher des Quellschutzkomitees)*

Weitere Informationen:
www.naturschutzbundsteiermark.at/pre.php

Strompreissenkung – entscheiden Sie selber!



Die Energierevolution

Wir fordern eine Netzkostensenkung und bei einem Mindesteinkommen von 700 Euro eine Mehrwertsteuerbefreiung.

– Machen Sie mit und zeigen wir den Atomstromhändlern die rote Karte!

– Stromhändlerwechsel, damit sich alternative Energien endlich durchsetzen können!

weniger als bei den Atomstromhändlern.

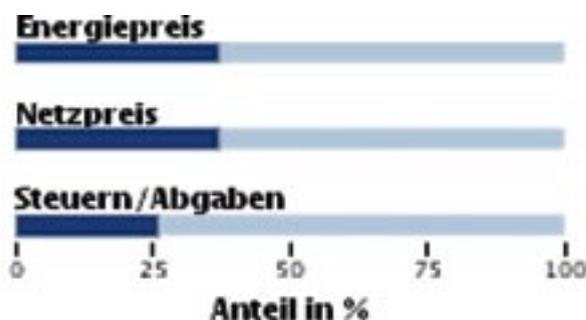
Stellen Sie 4 Fragen an den Stromhändler

1. Haben sie das Umweltzeichen? Warum nicht?
2. Wo weisen Sie den Atomstrom in der Stromrechnung aus?
3. Was bedeutet der Begriff Doppelvermarktungsverbot?
4. Mit wie viel Atomstrom wird direkt oder indirekt gehandelt?

Ökostrominitiative Steiermark

8160 Weiz, Siegfried Esterl Gasse 22, Tel/Fax: 03172/42 446 15, Handy: 0664/39 555 14
oekostrom@inode.at oder www.weizsolar.at

DER GESAMT-STROMPREIS SETZT SICH ZUSAMMEN AUS:



In der Strompreisdiskussion gehen die Wogen derzeit wieder hoch.

Dazu sollte man wissen wie sich der Gesamtstrompreis zusammensetzt. (Siehe Grafik)

35% Strompreis,
38% Netznpreis,
27 % Steuern und Abgaben.

Seit 2002 gilt, dass sich jeder Konsument den Stromhändler aussuchen darf.

Es gibt einen Netzbetreiber und einen Stromhändler, beide sind zwei eigenständige Firmen mit eigener Bilanzierung.

Den Netzbetreiber kann man sich nicht aussuchen. Das sinnvollste wäre man reduziert die Netzkosten (Das muss die Politik entscheiden), und wechselt vom Atomstromhändler (Steweag/Steg-Energie Graz/und wie sie alle heißen) zur AAE NATURSTROM VERTRIEB GMBH (das können Sie entscheiden).

Bei der AAE bezahlen Sie bei einem Durchschnittsverbrauch von 3500 kWh im ersten Jahr um rund 50 Euro

Projekt Kalkabbau Wolfsattel

Schützen wir gemeinsam die Lebensräumen von geschützten Tieren und Pflanzen sowie die Grundlage unseres Lebens nämlich sauberes Wasser - die Quelle unseres Lebens!

Die Betreiber des geplanten Kalkabbau am Wolfsattel kündigten eine Informationsveranstaltung an. Aber es war eine reine Werbeveranstaltung für den Kalkabbau am Wolfsattel war. Es ist das gute Recht der Betreiber, eine Info-Show zu inszenieren, aber dann bitte auch als solche ankündigen. Hitzige Diskussionen am Rande sorgten für Unruhe und Polemik.

Auf der einen Seite stehen die Betreiber und Menschen, die bei der Verlagerung des bestehenden Steinbruches profitieren. Auf der anderen Seite Vertreter aus der Politik, die Abwasserverbände, die Plattform für die Erhaltung des Wolfsattels mit allen Umweltschutzverbänden der Steiermark, dem Umweltdachverband, sowie unsere Bürgerinitiative. In Summe vertritt die Plattform ca. 10.000 Menschen im Bezirk Weiz.

Viele Teilnehmer verließen die „Informationsveranstaltung“ wieder, da sie nicht die Möglichkeit hatten ihre Meinung öffentlich kundzutun.

Die Plattform für den Wolfsattel wurde wegen der

Aufstellung einer Bank am Wolfsattel mit einer Besitzstörungsklage bedroht. Die Bank wurde dennoch neu aufgestellt und die Plattform lädt die Öffentlichkeit ein, diesen Ort der Ruhe und Vollkommenheit am Wolfsattel zu genießen.

Da der Geschäftsführer der Firma Marko von vielen Unwahrheiten, die über das Projekt erzählt werden berichtete, plant die Plattform eine **PRO und KONTRA Veranstaltung** für die Erhaltung der Naturlandschaft Wolfsattel. Termin und der Ort werden noch bekanntgegeben.

*Ing. Wolfgang Feigl
(Sprecher der Plattform für die Erhaltung der Naturlandschaft Wolfsattel)*

Aktive Zeitzeugin
macht Aufklärungsarbeit in Schulen über die Gräueltaten des NS-Regimes



Hermine Liska wurde mit 11 Jahren von ihrer Familie weggerissen und in Nationalsozialistische Umerziehungsheime in Kärnten und in München gebracht. Der Grund: Sie war nicht bereit mit „Heil Hitler“ zu grüßen.

Die jetzt 77-Jährige erzählt auch im neuen Schuljahr, Schülern und ihren Lehrern in ganz Österreich von ihrer Schulzeit und dem Leben in den Heimen. In diesen wurde versucht, ihr Handeln mit der vorgegebenen NS-Ideologie in Übereinstimmung zu bringen. Die Schüler werden durch die Erzählungen von Hermin Liska ermutigt bei Gruppenzwang nein zu sagen, wenn es z. B. um das Rauchen, das Betrinken oder den Drogenmissbrauch geht. Sie versucht aber auch Vorurteile gegen Minderheiten abzubauen.

Im Dezember ist die rüstige Zeitzeugin in Verbindung mit der Ausstellung „Die vergessenen Opfer der NS-Zeit“ in Schulen in Weiz und in Markt Hartmannsdorf eingeladen. Es bleibt zu hoffen, dass noch viele Jugendliche aus erster Hand über die menschenverachtenden Gräueltaten des NS-Regimes informiert werden.

DIE QUIZFRAGEN DES BEZIRKES WEIZ

Wie setzt sich der Gesamtstrompreis zusammen?

Bei der richtigen Antwort erhalten Sie eine Energiesparberatung gratis?

Antworten per SMS oder telefonisch unter 0664/39 555 14